

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 2000.— M., bei Selbstabholung 1780.— M. — Preis der Einzelnummer 80.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 — Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13088. — **Berlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 24596

**Inseratenpreise:** Die 10spaltige Kolonelleise oder deren Raum 200.— M., bei Platzvorschrift 250.— M.; Familiennachrichten von Privatpersonen, die 10spaltige Kolonelleise 75.— M. — **Reklame-Kolonelleise** 1000.— M. Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkskassen entgegen.

## Ein neuer Vorschlag der Labour Party.

### Gemeinsame Aktion in den Parlamenten.

**London, 27. Februar.** Im Unterhause teilten Macdonald, Henderson und Clynes namens der Arbeiterpartei eine Resolution mit, in der die französische und die belgische Kammer aufgefordert werden, Kommissionen aus allen Parteien zu ernennen, um Mittelungen und Gedanken mit einer entsprechenden Kommission des Unterhauses in der Angelegenheit der Ruhrbesetzung und des Reparationsproblems auszutauschen. Es wird erklärt, daß die Arbeiterpartei in Verbindung mit den sozialistischen Parteien Frankreichs und Belgiens steht im Hinblick auf die Einbringung einer gleichlautenden Resolution in den Kammern beider Länder. Es vertritt, daß die Regierung ersucht ist, Gelegenheit zur Erörterung der Resolution zu geben.

**London, 27. Februar.** Ramsay MacDonald teilte dem Parlamentsberichterstatter des Daily Herald mit, daß der Antrag der englischen Arbeiterpartei einen Versuch darstelle, die Parallele an dem Problem zu interessieren. Die Regierung müsse diesen Vorschlag als einen möglichen Ausweg aus den Schwierigkeiten begrüßen. Das Arbeitermitglied Snowden erklärte, das große Problem der Regierung liege zu sein, ein Mittel zu finden, um Verhandlungen zu eröffnen oder ihre Verwirklichung anzubahnen, ohne Frankreich zu beleidigen. Wenn es der Wunsch der Regierung sei, eine Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten zu finden, so werde ihre der Antrag der Arbeiterpartei eine Möglichkeit dazu bieten.

### Die unmögliche Reparationssumme.

**London, 27. Februar.** Im Unterhause fragte Simon den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Erklärung Millsrands gelenkt worden sei, nach der Frankreich nichts zulassen werde, was es von seinem Ziele abdrängen könne und auf die Erklärung Poincarés, daß Frankreich das, was es ergriffen habe, nicht loslassen werde, bevor die Schuld beglichen sei. Bonar Law erwiderte: Ich glaube, keine von beiden Erklärungen enthält etwas Neues. Ich habe dem, was ich schon gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Der Betrag der Schuld ist wahrscheinlich die Summe, die im Jahre 1921 festgelegt worden ist. Simon fragte: Ist das die Summe, von der

Bonar Law erklärt hat, sie könne unmöglich bezahlt werden? Bonar Law erwiderte: Jawohl.

**London, 27. Februar.** Auf verschiedene Anfragen erwiderte der Premierminister, daß die Kosten der Besatzungsheere eine Priorität vor den Reparationen hätten. Durch das interalliierte Übereinkommen vom 11. März seien sie jedoch auf festgesetzte Summen beschränkt worden, die nur vermehrt werden könnten, um die Ausgaben für irgendwelche von den alliierten Mächten beschlossene Maßnahmen zu bestreiten, für Maßnahmen, die von der belgischen und französischen Regierung ohne vorherige Zustimmung der anderen alliierten Mächte getroffen wurden, könnte daher keine Erhöhung der Ausgaben eintreten und jeder Vorschlag in diesem Sinne müsse sorgfältig geprüft werden. Bis jetzt sei diese Frage noch nicht aufgeworfen worden. Wenn man fragte, wer die Kosten der französischen Besetzung des Ruhrgebietes tragen werde, das Reparationskonto oder der französische Steuerzahler? Bonar Law erwiderte, er könne seiner Antwort nichts hinzuzufügen.

### 50 Millionen Papiermark Ruhrunterstützung der englischen Gewerkschaften.

**London, 27. Februar.** Der Allgemeine Rat des Gewerkschafts-Kongresses beschloß, der deutschen Gewerkschaftsbewegung 500 Pfund Sterling zu überweisen für ihren Kampf „gegen die Verklauung der Arbeiter im Ruhrgebiet“. Der Rat beschloß ferner, einen Aufruf an die ihm angeschlossenen Verbände zu richten, wegen einer „finanzlichen Unterstützung der Arbeiter“. Gemächten mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes soll dafür gesorgt werden, daß diese Gelder ausschließlich den deutschen Arbeitern zugute kommen.

### Amerikas Gründungsplan eines neuen Völkerbundes.

**Washington, 28. Februar. (Vorwärts.)** Wie der Knight Press aus besser Quelle erfahren haben will, ist die amerikanische Regierung bereit, sich an der Gründung eines neuen Völkerbundes zu beteiligen, der den Zweck verfolgen würde, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern.

verbleibt sich aus verschiedensten Rücksichten. Zum Kriegsführen gehören, auch wenn es sich zunächst nur um Vandalenkrieg handelt, zum wenigsten Gewehre, Handgranaten und Munition, ferner Bekleidung und Ausrüstung, Ehe also der Kriegszustand erklärt werden könnte, müßten alle diese Dinge zum mindesten beschafft sein oder ihre Beschaffung aus ausländischen Quellen sichergestellt sein. Es ist deshalb verneint, daß sie den Kriegszustand erklärt.

Neben diese militärischen Gründe treten auch noch außenpolitische Gründe. Wenn Frankreich sich im Kriegszustand mit Deutschland befindet, ist Polen gleichfalls zum Angriffe auf Deutschland verpflichtet. Wir bezweifeln nun nicht, daß allein schon unsere Reichswehr imstande wäre, einen polnischen Angriff abzuwehren und glauben sogar, daß sie auch ohne Tanks und schwere Geschütze in der Lage wäre, Polen entscheidend zu schlagen. Wünschenswert ist es deshalb jedenfalls, daß Rußland in der Lage ist, das von ihm bereits für solchen Fall angedrohte militärische Eingreifen durchzuführen. Aus Mitterungsgründen kann aber mit dem russischen militärischen Eingreifen nicht vor Beginn des Frühjahres gerechnet werden, wie wir bereits früher einmal darlegten.

Wir rechnen jedoch trotz Lausanne nicht mit einem aktiven Eingreifen Englands gegen Frankreich im Falle eines sich entspinrenden Krieges. Wir müssen aber auf englische und amerikanische Waffenlieferungen und englische Darlehen an uns zum Zwecke des Waffenkauzes Wert legen, wobei wir besonders an schwere Artillerie, Tanks und Gaswaffen denken, die wir keinesfalls in genügender Menge selbst herstellen können. Wir müssen auch Wert darauf legen, daß die englische Handelsmarine bereit ist, solche Waffentransporte unter Gewährleistung ihres Lebens durch französische U-Boote nach Deutschland zu führen, und daß der englische wie der amerikanische Staat zu diplomatischen Schritten geneigt sind, ihre Handelschiffahrt zu schützen. Die englische öffentliche Meinung umzustellen bis zur wohlwollenden Neutralität wird es nicht nur, sehr vorsichtigen Vorgehens unserer Regierung bedürfen, sondern es wird auch noch die englische Presse längere Zeit in diesem Sinne arbeiten müssen. Auch aus diesen außenpolitischen Gründen ist es daher unklug, von der Regierung die Erklärung des Kriegszustandes zu fordern und vorzeitig ihr daraus Vorwürfe machen zu wollen.

Ueberdies sprechen auch noch innerpolitische Gründe wichtigster Art für die gegenwärtige Taktik der Regierung. Die Führerschaft der Sozialdemokratie hat zwar einerseits sich der nationalen Welle angepaßt, um nicht durch sie aus dem Sattel gehoben zu werden, und damit sich nicht die Revolution als die größte Dummheit und das größte Verbrechen das sie war, herausstellt und erkannt wird. Diese Führerschaft ist deshalb andererseits bemüht, durch Mitschwimmen in der nationalen Welle sich die Leitung auf das marxistisch-parasitische Ziel hin nicht aus den Händen nehmen zu lassen. . . . Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, die sozialdemokratischen Führer haben die Herrschaft über die Massen im Ruhrgebiet nicht mehr in der Hand. Dort sind sie ihnen zum größten Teile in die nationale Front davongegangen, zu einem kleinen Teile befinden sie sich dort bei den Kommunisten. Diese aber bläsen gleichfalls auf Befehl Moskaus aus Gewalt, d. h. zum Kriege gegen Frankreich. Jedoch natürlich aus ganz andern Beweggründen und mit ganz andern Zielen. Die sozialdemokratischen Führer haben aber noch einen erheblichen Teil der Arbeiterschaft des unbesetzten Deutschlands hinter sich. . . . Die weitere Entwicklung der Dinge muß also so gestaltet werden, daß sie in weiteren Kreisen der marxistischen Arbeiterschaft immer den Kampfwillen erregt. Die Regierung kann hierzu nichts tun, als wie offiziell immer von neuem wieder den festen Willen zum Durchhalten betonen und verkünden, wie es der Reichskanzler auch tut, und für die Erhaltung der Stimmung im Ruhrgebiet durch ausreichende Lebensmittelzufuhr und Lohnzahlung sorgen, so steht zu befürchten, daß die sozialdemokratischen Führer nicht nur im unbesetzten Deutschland, sondern sogar wieder im besetzten Gebiet mit ihren Hinweisen auf Verhandlungen usw. Oberwasser bekommen, und daß die entscheidende nationale Kampffront, statt sich zu verstärken, in die Brüche gehe.

Eine Erklärung des Kriegszustandes durch die Regierung wäre daher auch zur Zeit aus diesem Grunde ein schwerer Fehler. Die Stimmung und die Gefühlslage unseres Volkes zum Kriege oder zu kriegerischen Handlungen müssen erst weiter ausreifen. Wir können deshalb die Haltung des Reichskanzlers nur billigen. Er darf sich zur Zeit auch aus innerpolitischen Gründen gar nicht weiter hervorzumagen.

Im besetzten Gebiete des Rheins und der Ruhr ist die feierliche Stimmung gegenwärtig aber ohne Zweifel bereits vorhanden. Hier erhebt sich nun eine weitere schwere Aufgabe. Gegen sie läßt sich, wie Goethe sich einmal ausbrüht, nicht auf Klagen ziehen. Sie wird, je schwerer der Kampf dort wird, auch sicherlich nachlassen, denn nichts ist für die Stimmung todtbringender als passiver Widerstand gegen einen brutalen, alle Mittel der Gewalt anwendenden Feind, ohne daß reguläre bewaffnete Macht eingesetzt werden kann. Die Regierung wird die Aufgabe haben, nicht durch offizielle Kriegserklärung, aber durch mannhaftes Eintreten für die Geschädigten und Mithandelten in idealer und materieller Beziehung weitestgehend zu sorgen und dadurch zur Aufrechterhaltung des Kampfwillens beitragen. Sie wird auch ferner die Aufgabe haben, durch inoffizielle Propaganda diesen Kampfwillen immer weiter zu schüren und die flammende Begeisterung des Anfangs allmählich in den stillen kalten, aber um so tiefer fressenden Haß und jähre Wut umzuwandeln. Noch mehr aber wird dies Aufgabe aller Organisationen sein, die sich im nationalen Sinne betätigen. Die Propaganda von Mund zu Mund und durch nichtbeamtete Personen ist viel wirkamer als alle Regierungserklärungen. . . .

Endlich aber gehört auch noch Zeit dazu, die Franzosen sich immer tiefer in das für sie verhängnisvolle Ruhrabenteuer hineinzustrecken zu lassen. Auch die französischen Weidenschaft muß noch mehr erregt werden, das nationale Prestige noch mehr als schon bisher aufs Spiel gesetzt werden, damit auch die in Frankreich vorhandenen Stimmen der sogenannten wirtschaftlichen Verantwortlichen durch Verhandlungen nicht mehr durchbringen, erst dann

## Unverantwortliche Kriegsheker.

Bei der Beratung des Etats der Reichswehr gab es im Reichstage zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichswehrminister Gessler eine lebhafte Auseinandersetzung über das Verhältnis der Reichswehr zu den Selbstschützorganisationen und den Geheimbünden. Der Reichswehr wurde der Vorwurf gemacht, daß sie mit diesen Organisationen Beziehungen unterhalte und damit der Kriegstreiberi und dem Bürgerkrieg Vorstoß leiste. Vom Wehrminister wurde dies bestritten. Er behauptete, mit dem preußischen Minister des Innern Severing verhandelt zu haben, um diesen Selbstschützorganisationen durch die Verwaltungsbehörden ein Ende zu machen. Sie seien eine Gefahr für Deutschland. Aber auch die Äußerungen verantwortlicher Personen der kommunistischen Partei, daß Rußland mit seiner Roten Armee Deutschland über Polen zur Hilfe kommen werde, um in Polen die Räteherrschaft zu errichten und auf dem Wege bis zur Ruhr die deutsche Bourgeoisie so nebenbei mit zu erledigen, um ferner auch in Deutschland zur Räteherrschaft zu kommen, seien nicht nur eine Utopie, sondern eine ebenso große Gefahr, wie unverantwortliche Äußerungen von rechts.

Schließlich gab Gessler im Reichstage, gedrängt durch die sozialdemokratische Fraktion, folgende Erklärung ab:

Die Reichswehr kann und wird die ihr gesetzlich zustehenden Aufgaben — Schutz der Verfassung, Schutz der Grenze, Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung — nur mit den verfassungsmäßig dazu berufenen Behörden lösen. Danach ist ein Zusammenarbeiten der Reichswehr mit Zeitfreiwilligen und Selbstschützorganisationen ausgeschlossen. Gerade meine Vespredungen mit dem preußischen Minister des Innern hatten den Zweck, diesen Standpunkt klarzulegen und ein einwandfreies Zusammenarbeiten zwischen den beteiligten Behörden zur Erreichung dieses Zieles sicherzustellen. In diesem Sinne sind meine Äußerungen angefallen. Ich werde gegen Zuwiderhandlungen mit allen mir gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen. . . .

Diese Erklärung gibt zweifellos eine gewisse Klarheit und läßt auch ganz interessante Rückschlüsse zu. Wie bekannt, waren die Zeitfreiwilligen gerade beim Rapp-Butsch von der Reichswehr gegen links als Teil der Reichswehr formiert und bewaffnet worden und sie leben in dem Jungdeutschen Orden fort, der nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik als nicht staatsfeindlich bezeichnet und dessen Verbot von ihm aufgehoben wurde. Dieser Orden betreibt aber gerade im Ruhrgebiet die Kriegshekerie, und die Erklärung Gesslers rückt von ihm ab. Die Selbstschützorganisationen rühmten sich aber bislang, die Willigung und Förderung von Reichsstellungen gefunden, sogar von diesen Mitteln und Waffen erhalten zu haben. Wenn Gessler sie mit den Verwaltungsbehörden bekämpfen will, so soll er dabei die Förderung der

Arbeiterklasse finden, denn sie kann weder den Krieg gegen Frankreich, noch den Bürgerkrieg im Innern dulden.

In der letzten Zeit sind in großen Zeitungen der Schwerindustrie und in einflussreichen Tagesblättern Artikel erschienen, die offen zum Vandalenkrieg gegen Frankreich aufgerufen mit dem Hinweis, daß sich hieraus der Krieg wider Frankreich von selbst entwickeln werde. Es ist deshalb nicht uninteressant, daß alle diese Artikel von einer zentralen Stelle aus gespeist werden, und zwar von der Korrespondenz Schwarzweißrot. Diese vertrauliche Korrespondenz enthält keine Ortsangabe und wünscht, daß sie nicht wirklich gedruckt wird, aber sie gibt die Anleitung zum planmäßigen Aufbau des Vandalenkrieges. Aus diesem schmutzigen Quell haben gerade jene nationalistischen Organe den Inhalt ihrer Artikel geschöpft.

Es dürfte auch nicht zufällig sein, daß am 1. Februar von Neu-Ulm aus ein Major a. D. Paul Daur in verschlossenen Briefen Aufrufe zur Kriegsvorbereitung in ganz Deutschland versendet. Wer trägt die Kosten für diesen sehr erheblichen Aufwand? Wenn man die Zusammenkunft Vereinigter Vaterländischer Verbände Deutschlands vom 14. Februar in Berlin, die von dem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Gessler geleitet und beeinflusst war, damit in Verbindung bringt, dann ist ein gewisser Zusammenhang mit diesen Zielen unverkennbar. An dieser Zusammenkunft nahmen etwa 100 Vertreter teil.

Lassen wir die Schwarzweißrot-Korrespondenz selbst sprechen. Sie knüpft an die Ruhrbesetzung an und führt dazu aus:

„Es handelt sich vielmehr um die nackte Gewaltpolitik, die Frankreich die Hegemonie in Europa verschaffen soll. Wir können uns nicht denken, daß die Reichsregierung bei dieser klaren Erkenntnis der Tatsachen noch damit rechnen, die Franzosen zum freiwilligen Abzug durch die Mittel des passiven Widerstandes, der Dienstverweigerung und der Sabotage veranlassen zu können. Die durch die Feuerung des Reichskanzlers klar bewiesene Sachlage scheint uns vielmehr darauf hinzuweisen, daß auch die Reichsregierung überzeugt ist, die Räumung des Ruhrgebietes nur durch Gewalt erreichen zu können.“

Hierin liegen aber auch die großen Schwierigkeiten, die der Reichsregierung erwachen. Aus manchen Kreisen wird ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht bereits den Kriegszustand mit Frankreich erklärt habe. Wir erblicken darin eine schwere Gefährdung der deutschen Politik. Eine sofortige Erklärung des Kriegszustandes

**Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 22600 M.**

...wäre es Zeit sein, da bewaffneten Kampfes, zu jeder Zeit an bewaffneten Angriff zu denken. Es wird Aufgabe der Regierung sein, durch Bestrafen an dem harten Klein und an der passiven Abwechslung der Bevölkerung durch Sabotage und noch ärgere Mittel die Franzosen selbst gegen ihren Willen zu weiterer Besetzung Deutschlands anzufachen. Aus den oben dargelegten deutschen innerpolitischen und außenpolitischen Gründen scheint es uns alles darauf ankommen, Frankreich das Obium zuzuschicken, den Krieg neu zu erklären zu haben, uns selbst aber peinlich in der Lage des schuldlosen Angegriffenen zu erhalten. Auch aus diesem Grunde ist nicht nur die Erklärung des Kriegszustandes zur Zeit unmöglich, sondern erscheint uns sogar das Abberufen unserer Geschäftsträger und das Aufstellen der Waffe an die französischen und belgischen Geschäftsträger schädlich. Trotzdem muß die deutsche Öffentlichkeit (wie wir es auch in einer der letzten Nummern der Korrespondenz getan haben) immer wieder diese Maßregel verlangen. Der Regler kann solches Verlangen nur ablehnen.

Wir haben in diesen Ausführungen durch Berufung auf die Anschuldigungen des Reichsanwaltes Cuno unsere Annahme zu rechtfertigen versucht, daß auch er den Krieg schließlich als letzte Zwangsmaßnahme betrachtet. Wir kennen seine Ansichten darüber natürlich nicht, denn wir sehen hoch immer zur Regierung in parlamentarischer Opposition. Die parlamentarische Lage der Regierung betrachtet wir von diesem Standpunkt aus nicht mal als schlecht. Der Streik in der Partei der Deutschen Volkspartei hält sich zwar jetzt durchaus in den Reichen der hinter der Regierung stehenden Parteien. Er hat in seiner Presse aber doch einmal die Möglichkeit der endlichen Bildung der sogenannten großen Koalition angedeutet.

Zum Abschluß unserer Betrachtungen über die innere Lage möchten wir daher feststellen, worauf es ankommt: Wir können durch Presse und Reden wohl die Regierung treiben, indem wir Forderungen an sie stellen keinesfalls aber dürfen wir der Regierung Vorwürfe machen und ihr das Vertrauen, das sie durchaus verdient, kündigen, weil sie unsere Forderungen nicht entspräche, aber wenn sie unter Umständen sogar gewaltsame Aufhebungsversuche, wie sie im besetzten Gebiete täglich vorkommen, hart tadelt. Die Regierung muß, wie der Chinese sagt, das Gesicht wahren. Wir unterliegen müssen dagegen als unsere Aufgabe betrachten, den Willen zur passiven Abwehr immer mehr und mehr durch die dazu geeigneten an jedem Orte verfügbaren Mittel in den Willen zum Kampfe, in den Willen zur Befreiung Deutschlands durch Kampf umzusetzen.

Es ist uns bekannt, daß von militärischer Seite in bester Absicht auf die Mängel unserer Bewaffnung und auf die Schwierigkeit für unsere Mobilisierungsfähigkeit hingewiesen wird. Der Regierung gegenüber und gegenüber den nationalen Parteien geschieht es mit gutem Grunde und ist es herabzuholen. Wir möchten aber davor warnen, solche militärischen Anschuldigungen, auch wenn sie von autoritativer Seite kommen, durch die Presse in die Öffentlichkeit zu bringen. Bei aller Berechtigung, die sie gegenwärtig haben können, sind sie doch geeignet, den Flaumachern und Verhandlungsfreunden Wasser auf die Mühlen zu leiten. Uns allen ist es bekannt und bewußt, daß wir mit unsern gegenwärtigen Machtmitteln zur Führung eines militärischen Frontkrieges nicht in der Lage wären, wohl aber wären wir fähig, einen Banden- und Guerillakrieg besonders gegen die Stützpunkte des Feindes zu führen, aus dem der Frontkrieg nur allmählich herauszuwachsen könnte, wenn die Bewaffnung usw. die notwendigen Fortschritte gemacht hat, und wenn die außenpolitische Lage sich geändert hat, worauf wir mit Bestimmtheit rechnen. Wir müssen alles vermeiden, was den Flaumachern Handhaben bietet, und dazu gehören auch militärwissenschaftliche Betrachtungen über unsere Kampfbereitschaft. Dazu gehören aber auch Angriffe auf die Regierung wegen ihrer angeblichen Schwachheit, ihrer angeblichen Wehrlosigkeit mit der Regierung Betrüben ihrem angeblichen Mangel an Initiative.

Diese teuflische Instruktion zeigt den Weg, den die Kriegstreiber gehen wollen und indem sie die Sozialdemokratie zu isolieren trachten. Daher auch das Streben der Deutschen Volkspartei zur großen Koalition, um den Erfüllungswillen in Deutschland zu brechen und der Schwerindustrie den Weg zur Katastrophopolitik und schließlich zum Krieg zu ebnen. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, diesen von gewissen Militaristen geförderten Bestrebungen energischen Widerstand entgegenzusetzen, jede Gemeinschaft mit den Kriegstreibern abzuweisen und ihnen mit völlig ungeschwächter Kraft entgegenzutreten.

### Kampf und Ziel.

Je länger der Kampf im Ruhrgebiet gegen den französischen Imperialismus dauert, um so klarer treten die Kampfmethoden der Klassen und die Ideologien, von denen sie geleitet werden, hervor und lassen sich auch durch das immer stärker werdende Getöse von der deutschen Einheitsfront nicht verwechseln. In dem Augenblick, wo der französische Einbruch ins Ruhrgebiet erfolgte, war nach Lage der Dinge nur das Kampfmittel der passiven Resistenz möglich und diese konnte nur wirksam vom großen Arbeiter- und Beamtenheer ausgeübt werden; deshalb fiel ihm trotz aller Heldentaten einzelner Uebernationalisten auch die Führung in dem Kampfe zu. Dieser planmäßige Widerstand hat das französische Kampfziel bis jetzt auch völlig vereitelt und die Gewalttätigen zu Streichen gegen einzelne Personen und Behörden veranlaßt, die nichts anderes als die französische Ohnmacht verdeutlichen und obendrein den Zweck verfolgen, die Bevölkerung zu Unbesonnenheiten zu veranlassen. Gegenüber diesen Gewalttätigen hält es freilich nicht leicht, kaltes Blut zu bewahren und der Gewalt nicht mit Gewalt zu begegnen. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes kennt diese schwierige Lage aber nicht erst durch die französische Besetzung, sondern aus den Zeiten, wo bei Streiks nicht nur die deutsche Polizei, sondern auch deutsches Militär gegen sie ausgeboten und scharf gegen sie vorgegangen ist; sie wird durch ihre Besonnenheit auch dafür bürgen, daß es bei ihrem Kampfmittel und ihrem Taktik bleibt. Schwer genug wird ihr dies ohnehin werden, weil sich nicht nur von rechts, sondern auch von links oder richtiger aus den eigenen Reihen Ratgeber an sie heranzumachen und allerlei „waterladige“ Hochgesänge anzustimmen. Ein solch begeisteter Sängler ist auch Genosse S o l l m a n n, der sich als rheinischer Abgeordneter als besonders Berufener fühlt. Was er in der Woche zum besten gibt, zeigt ihm freilich mehr als ausgegrenzten Nationalisten, als als Klarblickenden, ruhig abwägenden sozialistischen Führer. Nach ihm sind wegen des Abwehrkampfes im Ruhrgebiete nicht nur alle Klassenunterschiede in Deutschland aufgehoben und deren Ursachen ausgeschaltet, Bebel wird aus dem Grabe geholt und als uibernationaler Trompeter der Einheitsfront vorgestellt. Wenn auch die Vergleiche, die dem Genossen S o l l m a n n zum guten Zweck dienen müssen, nämlich der Nachfeldzug der imperialistischen Mächte Europas gegen China, scheinbar stimmen, so darf er doch die von Bebel damals gehaltenen Rede nicht als Fanfare für den nationalen Einheitsblock 1923 in einem doch anders gearteten Falle verwenden. Wenn er nun gar Bebel eine Rede halten läßt, wie sie dieser im jetzigen Augenblicke halten würde, so muß gegen einen solchen Anflug doch Verwahrung eingelegt werden. Diese „Rede“ ist nämlich die echt Sollmannsche, die schon öfter gehalten wurde, die aber nun, um wirksamer zu werden, mit Bebel's Namen versehen wird. Daß Bebel der Cuno'schen Regierung eine solche Planvollmacht gäbe und den Rat, sie solle alle politischen Machtmittel im Abwehrkampf anwenden, glaubt Sollmann doch im Ernste nicht! Was heißt aller politi-

ischen Machtmittel? Bezogen dazu nicht auch militärische? Will Sollmann leugnen, daß 90 Prozent des deutschen Bürgerertums der Meinung ist, es müsse ein Freiheitskrieg wie 1813/15 vorbereitet und unternommen werden? Es schwant Sollmann, daß sein Bebel untergehobener Uebernationalismus zurückweisung erfahren wird, deshalb greift er zum Mittel bürgerlicher Zeitungsschmucks und wirft seinen Widersachern folgende Verächtlichkeit an den Kopf:

„Aber traurig wäre es, wenn der Geist, der in Bebel's (von Sollmann untergehobenen) Worten leuchtete und im Erfurter Programm (?) in dichterischer Kraft und Schönheit sich offenbarte, in unserer Partei erlahmte oder als Nationalismus verachtet würde.“

Diesen Schmerz erlebt nun Sollmann, und er wird ihn noch öfters erleben, weil die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze der Gesellschaftsklassen so scharf geworden, daß sie nicht einmal mehr durch ein augenblicklich nationales Interesse überbrückt werden können. Sollmann sieht alle Tage, nicht nur wie die bürgerliche Presse und die Parteien den Abwehrkampf führen, sondern er muß auch den Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft sehen und wie diese durch den Wucher ausgeplündert wird. Wir empfehlen ihm zur Vertüftung die Forderungen, die der augenblicklich tagende dritte Landesparteitag der Deutschnationalen an die Regierung zur Unterbindung der Arbeiterbewegung richtet, dann wird er seine Harpe in die Ecke stellen und seine nationalen Einheitsfrontlinge verstimmen lassen. Wir fordern energischen Kampf gegen die Unterwähler, Flaumacher und Defaitisten in Deutschland, so lautet nur eine der Forderungen, die doch dem schärfsten Klassenkampf entspringt.

Das Denken und Fühlen der bürgerlichen Klassen ist eben auf Gewaltpolitik nach innen und außen eingestellt und sie lieben sie, wo sie die Möglichkeit dazu haben, rücksichtslos. Das weiß die Arbeiterschaft, darum hat sie für die nationalen Brandenbauer nur Ablehnung. Wie wenig auch die bürgerlichen Kreise in der Lage sind, den Abwehrkampf wirksam zu führen, das schildert der Berichterstatter des Nieuwe Rotterdam'schen Courant, also in einem gut bürgerlichen, rechts gerichteten Blatte, also:

„Was den tiefsten Eindruck gemacht hat, sei die in den Kreisen der Arbeiterbevölkerung gegen die Franzosen entstandene ungeheure Erbitterung, die sich bis auf die Führer erstreckte. Die Großindustriellen seien eher zum Nachgeben geneigt, der Mittelstand scheine am meisten Besorgnis zu haben. Die Arbeiter aber seien unerschütterlich und rücksichtslos in ihrem Satz. Dieser Eindruck bestärke bei den meisten Beobachtern der Lage, auch bei den französischen. Die Arbeiter seien anscheinend schon über den Punkt hinaus, wo sie sich durch Entbehrungen noch zermürben lassen würden; die würden sie eher zu Ausbrüchen der Vergewaltigung treiben.“

Das Bürgertum kann mit den Kampfmethoden der Arbeiterschaft nicht kämpfen, weil seine Ideologie und Klassensituation dies ausschließt und die Arbeiterschaft muß die Kampfmethoden der bürgerlichen Klassen ablehnen, weil sie dies nur in neue Abhängigkeit vom Bürgertum brächte. Diese seit mehr als siebzehn Jahren erkannte politische Lehre, die sich tagtäglich aufs neue als richtig erweist, sollte man jetzt nicht mehr predigen müssen, wo ein so drastischer Anschauungsunterricht erteilt wird.

### Zur Lage im Ruhrgebiet.

Reichskommissar Rüst Sagel's Wilhelmsburg hat an den Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission eine Note gerichtet, in der er gegen eine Reihe von Maßnahmen der Besatzungsbehörde protestiert, welche die schwersten Bedrückungen und Entbehrungen für die rheinische Bevölkerung zur Folge haben. Die Note beschäftigt sich besonders mit den französischen Eingriffen in den Eisenbahnverkehr in Trier, auf Grund deren die Rheinbahn ihre Betriebsstellen einstellen mußte. Weiter werden eine Reihe von Gewalttaten gegen Personal, Bevölkerung und Zeitungen aufgeführt. Zum Schluß wird festgestellt, daß nach der deutschen Auffassung die Verantwortung für die schwerwiegenden Folgen auf die Rheinlandkommission fällt.

Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, daß die von den Militärbehörden verhängten Gefängnisstrafen anstatt in deutschen Gefängnissen in französischen, englischen (!) oder belgischen Gefängnissen abzuhängen sind.

Die Nachricht, daß gleichzeitig mit der Besetzung des Flachlandes zwischen den Büdendörfern Mainz und Koblenz auch Limburg von den Franzosen besetzt worden sei, ist unzutreffend.

In einer Versammlung französischer Eisenbahner in der Nähe von Essen wurde von fast allen Rednern betont, die französische Regierung habe die Eisenbahner ausdrücklich zu dem Zwecke angeworben, die deutschen Eisenbahner zu unterwerfen. Sie seien daher sehr überreicht gewesen, als sie nun dazu mißraucht wurden, die belgischen Eisenbahner aus ihrer Arbeit zu verdrängen.

Die belgische Militärbehörde hat den Beamten der belgischen Staatsbahnen und des Post-, Telegraphen- und Telephonendienstes durch Verordnung ihrer vorgesetzten Behörden Einberufungen zum Dienste in den besetzten Gebieten Deutschlands zugehen lassen.

General Degoutte hat die Schutzpolizei in Essen-Stadt und Land aufgestellt. Die Waffen, Dienstpferde und Ausrüstungsgegenstände sollen den französischen Militärbehörden ausgeliefert werden. Die Beamten aller Dienstgrade der aufgelassenen Schutzpolizei werden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. 9 Mann wurden verhaftet und nach Breidenberg gebracht. An ihre Stelle soll eine Gemeindepolizei von höchstens 600 Mann treten, die sich nur aus Einheimischen zusammensetzen darf. Die Aufstellung der Liste dieser Polizei ist von der Zustimmung des kommandierenden Generals abhängig. Die Polizisten dürfen eine blaue oder andersfarbige Uniform tragen, jedoch keine grüne Uniform.

In Newwid floß das Auto des französischen Kreisbesorgers mit dem Auto des früheren amerikanischen Kreisbesorgers zusammen. Das Auto, in dem die Gattin des amerikanischen Obersten Beobachters saß, wurde stark beschädigt. Frau Beobachters wurde erheblich verletzt und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

### Neue Millionenträuber der Franzosen.

Eberfeld, 28. Februar. (D. A. Z.) Die Franzosen haben am Dienstag in Kupferdreh auf der Straße Lohngelder, die für die Zeche Prinz Wilhelm bestimmt waren, beschlagnahmt. Es handelt sich um 260 Millionen Mark.

Mainz, 28. Februar. (D. A. Z.) In Caub fand im Verbandsbureau der Maschinenisten eine Hausausung statt, wobei verschiedene Schriftstücke und 12 Millionen Mark Verbandsgeelder beschlagnahmt wurden.

### Frankreichs Defizit.

Paris, 28. Februar. (B. Z.) Die bisher recht eintönige Debatte in der Kammer über das Budgetdefizit belebte sich am Dienstagmittag ein wenig, als der frühere Wiederaufbauminister Loucheur die Tribüne bestieg. Loucheur führte aus, nach seiner Ansicht sei es notwendig, zur Beseitigung des Defizits neue Steuern zu schaffen. Es handle sich um einen vorübergehenden Festbetrag (!!), der vermindert werden, sobald die bestehenden Steuern besser erhoben würden. Loucheur empfahl die Ausgabe einer prozentigen Anleihe mit diesen Gewinnen.

### Der Vizepräsident der Reichsbank über den Milliarden- und Geldnotenraub der Franzosen.

#### Ausgabe der Druckplatten.

SWD. Im Haushaltsauschuss des Reichstags machte der Vizepräsident der Reichsbank, v. Glafenay, Mitteilungen über den Raub von 12,8 Milliarden Reichsbankgelder durch die Franzosen. Der Geldtransport bestand aus 12800 Mill. Mark in Reichsbanknoten, 100 000 Mill. in Darlehensanleihe, zwei Koffern mit 210 Druckplatten zur Herstellung von 6000-Marknoten und 4 Koffern mit 160 Druckplatten zur Herstellung von 20 000-Marknoten. 12 Milliarden Mark waren für die Reichsbanknebenstelle Köln bestimmt. Die Druckplatten sollten den zum Notendruck benutzten Druckereien übergeben werden. Eine Befestigung der bereits vorgenommenen Geldtransporte in das besetzte Gebiet hat bisher nicht stattgefunden, obwohl die Franzosen die Transporte bekannt waren. Die über die Herausgabe des Geldes geführten Verhandlungen hatten den Erfolg, daß die von den Franzosen fortgeführten Druckplatten zurückgegeben wurden. Ferner ist die Zusage gemacht worden, deutsche Geldtransporte in Zukunft nicht mehr zu beschlagnahmen. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden.

### Brutale Ausweisungspraxis.

SWD. Aus Aachen ist von der belgischen Besatzungsbehörde die preußische Landtagsabgeordnete Frau Schiffgen ausgewiesen worden. Das erste parlamentarische Mitglied, das von der Ausweisung aus dem besetzten Gebiet betroffen ist, ist mithin sozialdemokratisch, und zwar eine Frau. Es ist schwer zu erkennen, wie diese weibliche Abgeordnete die Sicherheit der Besatzungstruppen in Gefahr bringen soll. Frau Schiffgen ist Rheinländerin und entstammt einer alten rheinischen Familie. Sie betätigt sich seit vielen Jahren in ruhiger und sachlicher Weise für die Sozialdemokratie. Neben Frau Schiffgen wurde auch ihr Mann und ihr unmündiges Kind aus der Heimat ausgewiesen.

### Französisches Säbelgerassel.

Paris, 27. Februar. Bei Beratung der neuen Militärgelehrten der Kammer erklärte General Firchau, man habe keine Gewißheit darüber, daß die Entlassung Deutschlands durchgeföhrt sei. Was die Reparationen anlangt, so habe Deutschland sie nicht bezahlt, sondern von den Besatzern, die es verdient, einen regelrechten Kriegsgeld an gesammelt. Frankreich werde im Rheinland stehen bleiben, bis der letzte Heller bezahlt sei, den es zu bekommen habe. Das linke Rheinland liege noch immer im Bereich der deutschen Kanonen. Wenn es zu einem Kampfe komme, müsse Frankreich unverzüglich den Rhein überschreiten und den Kampf auf das rechte Ufer hinübertragen.

Das ist französische Berrücktheit, aber keine französische Eigentümlichkeit!

### Warnungen vor nationalisiertem Bulschismus.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Korrespondent des Berliner Tageblattes warnt Deutschland noch einmal davor, sich zu einem bewaffneten Widerstand gegen die Franzosen zu lassen, der den Franzosen nur erwünscht sei. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes dürfe den Franzosen nicht den Gefallen tun, ihnen Gelegenheit zum blutigen Eingreifen zu geben. Der Versuch einer gewalttätigen Lösung müßte an dem festen Willen des Volkes ebenso scheitern, wie das Experiment der wirtschaftlichen Durchdringung, das nach den Zuständen in der Tournee Industrie ebenfalls ausgefallen sei. Mit klarem Worte werde dieser Widerstand in dem Blatt konstatiert. Es heißt darin: „Die Kommission de Coste bleibt in Essen, aber nur als Symbol für unsere Entschlossenheit, nicht zu weichen und um den technischen Charakter unserer Aktion zu wahren, auf den in den Staatskanzleien großer Wert gelegt wird. Der wahre Zweck des Experiments ist, ein Gebiet von großem wirtschaftlichen Wert als ein Druckmittel politischer Art in Händen zu haben und damit unsern Mitbürgern, den Neutralen und uns selbst möglichst wenig Unannehmlichkeiten zu bereiten.“

Der Sonderkorrespondent des Journal des Debats im Ruhrgebiet warnt die Regierung vor der Gefahr der kriegsmäßigen Frage des Durchhaltens bis zum Ende. Diese Verbindung umschließt den Sinn für die Wirklichkeit. Selbst wenn der Widerstand Deutschlands erschüttert werde, geben manche Beobachtungen Grund zur Anruhe. Die Militärverwaltung und Rheinlandkommission arbeiten nicht in voller Harmonie. Die Uebernahme der Eisenbahn in eigene Verwaltung sei ein sehr schwieriges Unternehmen. Es wäre fraglich, ob dieses Experiment notwendig gewesen sei. Die harte Handlung der Besatzungsbehörde sei bisher die Zollsperrung.

### Der Freispruch Killingers bestätigt.

Das Reichsgericht hat am Dienstag die Freisprechung des Kapitänleutnants von Killinger durch Verwerfung der Revision der badischen Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schwurgerichts Offenburg bestätigt. Killinger war angeklagt, die schieflingigen Erzbergernörder, den Kaufmann Schulz und den Oberleutnant zur See a. D. Tillissen, durch Beihilfe zur Flucht begünstigt zu haben. Das Schwurgericht Offenburg hatte den Beweis als nicht geführt angesehen. Als hauptsächlichster Revisionsgrund war falsche Fragestellung an die Geschworenen angeführt worden. Der Reichsanwalt hatte Verwerfung der Revision beantragt.

Ein ausjührlicher Bericht über den Verlauf der Verhandlung und die Begründung für die Verwerfung liegt noch nicht vor. Der Vorwärts protestiert gegen die Verwerfung der Revision. Die Revision dürfte nur aus formalen Gründen eingeleitet werden, die von der Staatsanwaltschaft Offenburg in der Abwesenheit des zuständigen Bezirksanwalts bei der Auswahl der Geschworenen und in der dem Gesetz widersprechenden Stellung der Fragen bei der am 13. Juli 1922 erfolgten Schwurgerichtsverhandlung erblich wurden. Der Vorwärts schreibt, es sei unerklärlich, wenn der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Revision trotzdem nicht vertreten zu können glaube. Es ist unglücklich, wenn er hinzuflüge, in gegenwärtiger Zeit sei kein Anlaß, den Prozeß nochmals aufzurollen. Killinger rebe bekanntlich im Verdacht, auch bei dem Attentat auf Scheidemann seine Hand im Spiele zu haben. Es sei bekannt, daß gerade in letzter Zeit wieder Meuchelmorde im Hintergrunde der politischen Arena aufkrochen. Durch eine Haltung, wie sie in der Begründung des Verurteilter der Reichsanwaltschaft zum Ausdruck komme, könne der Rechtsunsicherheit in keiner Weise entgegengehandelt werden.

### Verleünte Gasaffenlate.

SWD. In Stargard i. P. fand am Sonntag ein sozialdemokratischer Volkstag statt, auf dem Genosse Löbe, Genosse Köhler und die Genossen Crispian und Königswine münde sprachen. Zur gleichen Zeit fand in Stettin eine Versammlung mit dem Genossen Severing als Referenten statt. Während der Veranstaltungen in Stargard wurde ein 24jähriger Student und zwei Gehilfen verhaftet. Die Verhaftungen führten Gaspatronen und andre Waffen mit sich. Der Student erklärte bei seiner Vernehmung, daß er und sein Begleiter die Waffentüte gehabt haben, Löbe, Severing und Breitfeld, die sie in Stargard erwartet hatten, einmal gründlich auszurauchen. Die chemische Untersuchung hat ergeben, daß die Patronen gasfüllt sind, um erhebliche Brandwunden und Erstickengefahren herbeizuführen. Die Angelegenheit ist dem Oberreichsanwalt übergeben worden, der die Untersuchung weiterführt. Die Festgenommenen befinden sich in Stargard.

### Verdächtige Banden in Unterfranken.

Die fränkischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten verlangen in einer Anfrage an die bayerische Regierung Aufklärung über das Aufstecken kürzlicher Truppen, nicht bayerischer Personen in Unterfranken, die sich als Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet ausgäben, aber solche nicht seien. In der Anfrage wird behauptet, die Führer dieser Truppen verlangten Quartiere und Verpflegung in den Gemeinden, und bemerkt, die Quartiermacher bezögen sich auch auf Hitler.

### Das Verfahren gegen Koffbach.

Wie W.V. mittelt, hat das beim Reichsgericht schwebende Ermittlungsverfahren gegen den kürzlich in Hamburg vorübergehend verhafteten ehemaligen Oberleutnant a. D. Koffbach jetzt zur Eröffnung der Voruntersuchung wegen Geheimbündelei geführt. Die Voruntersuchung erstreckt sich außerdem auf verschiedene Vereinigungen, die sich nach dem Verbot und der Auflösung der Formation Koffbach gebildet hätten. — Unterdessen erstreckt sich Koffbach nach wie vor der Freiheit in der deutschen Republik.

### Das Programm der tschechischen Galzisten.

Das Prager Blatt Cecke Slovo veröffentlicht das Programm der Galzistenorganisation, in dem es heißt: „Die nationale Bewegung arbeitet auf legitimen Wege und lehnt jeden persönlichen Kampf ab. Kommunisten, Juden und Anhänger der realistischen Methoden können der Organisation nicht beitreten. Die Tätigkeit ist öffentlich, ohne aber prinzipiell geheime Aktionen abzulehnen. Die Mitarbeit der Frauen wird begrüßt, es kann ihnen jedoch keine Vertretung im Aktionsausschusse zugesprochen werden, weil dieser männlich geleitet wird.“

In Wien scheitern nach einer Meldung der Defta die Sicherheitsbehörden an die Auflösung von geheimen Vereinigungen, deren Tätigkeit die öffentliche Ordnung stören könnte. Die Polizei hat einen monarchistischen Schutzverband Opara aufgelöst. Der Führer dieser Vereinigung, der ehemalige Oberleutnant Alexander Sghabov, ist verhaftet.

### Die Revision im Hermesprozeß zurückgezogen.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Botschaftsmittelteil hat Genosse Henkel mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage die Revision im Hermesprozeß zurückgezogen.

### Große Summen deutscher Liquidationsgelder unterschlagen.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Frankfurt am Main ist der Straßburger Sequester für die Liquidation deutschen Eigentums verhaftet worden. Die gegen ihn eingeleitete Untersuchung hat bereits ergeben, daß von der Gesamtsomme der Liquidationsgelder aus deutschem Eigentum in Höhe von etwa 1300 Millionen Franken an den französischen Staat bisher nur etwa 300 Millionen abgeliefert worden sind. Demnach scheinen Unterschlagungen von ungeheurer Größe vorgekommen zu sein. Die Angelegenheit hat für Deutschland deshalb besonderes Interesse, weil nach dem Verfall der Beträge die Liquidationsgelder auf die Reparationsleistungen angerechnet werden.

### Lord Curzon über die Weillage.

London, 28. Februar. (U.) Lord Curzon sprach am Dienstagabend über die politische Lage. In großen Zügen entwarf er ein Bild der allgemeinen Weltlage, das voller Hoffnung war. In Bezug auf England, die Türkei, Polen und die Tschechoslowakei, Österreich und Italien. Es gäbe aber auch schwarze Flecken auf der internationalen Weltkarte; Rußland, der nahe Osten und schließlich die Ruhr. England sei in allen Teilen der Welt von langwierigen und unwillkommenen Aufgaben in Anspruch genommen, in gefährliche und kostspielige Aufgaben verwickelt und stehe im Ruhrgebiet einer schwierigen und besorgniserregenden Lage gegenüber, die das Wirtschaftsleben der Welt schwer trübe und gefährliche Rückwirkungen auf soziale und industrielle Probleme auslöse. Er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands die britische Politik in der Ruhrfrage verfolge und unterstütze und mit der Regierung darin übereinstimme, daß der französische Einmarsch in das Ruhrrevier, ob mit Recht oder Unrecht, auf jeden Fall unklug war, und daß England auf dem richtigen Wege sei, wenn es seine Truppen solange wie möglich am Rhein belasse, da England ebenso wie andre Mächte an der Lösung des Reparationsproblems interessiert sei. Die Lösung sei nicht Frankreich, Belgien und Italien allein vorbehalten; sie sei ein internationales Problem und er glaube und hoffe, daß die Lösung durch eine internationale Unternehmung erfolgen werde.

### Ein britisches Glaubuch über die Reparationsfrage und die alliierten Schulden.

London, 27. Februar. Die britische Regierung hat gestern ein 218 Seiten umfassendes Glaubuch veröffentlicht über die alliierten Erörterungen über die Reparationsfrage und das Problem der interalliierten Schulden, die in London vom 9. bis 12. Dezember und in Paris vom 2. bis 4. Januar stattfanden. Danach legte bereits in der Downing Street am Nachmittag des 10. Dezember Poincaré seine Absicht der Ruhrbesetzung und die von ihm daran geknüpften Erwartungen dar.

### Abbau der Reichseisenbahntarife?

Berlin, 28. Februar. (B. M.) Am Dienstagmorgen fand eine Kabinettsitzung statt, in der sich die Reichsregierung insbesondere mit den Tarifen bei der Reichseisenbahn und mit den Kohlenpreisen beschäftigte. Am 1. März werden bekanntlich die Personentarife der Reichseisenbahn um 100 Prozent erhöht. Aus dieser Maßnahme wird immer wieder gefolgert, daß auch gleichzeitig eine Erhöhung der Gültertarife erfolgen werde. Von einer Erhöhung der Gültertarife zum 1. März ist an zuständiger Stelle nichts bekannt. Richtig ist vielmehr, daß man innerhalb der Reichsregierung die Frage prüft, inwieweit man einen Abbau der Eisenbahntarife vornehmen kann, ohne die Bilanzierung des Eisenbahnverkehrs in Frage zu stellen.

### Straßendemonstration in Memel.

Memel, 27. Februar. Hier kam es nachmittags und abends infolge eines von den Arbeitslosen ausgehenden Protestes gegen die vom Landesdirektorium verfügte Entziehung der verbotlichen Brotkarte zu wiederholten Kundgebungen. Die Arbeiter verschiedener Betriebe, so auch des Elektrizitätswerkes, schlossen sich dem Protest an. Die Stadt ist ohne Licht. Der Demonstrationzug begab sich vom Landesdirektoriatgebäude, wo er von litauischen Jägern zerstreut worden war, nach dem Neuen Markt, wo dann litauische Husaren eingriffen. Die mehrere tausend Personen zählende Menge, die sich immer wieder sammelte, sang das Deutschlandlied. Vormittags waren an einzelnen Straßenecken in Maschinenschrift hergestellte Plakate angeschlagen, worin zum Wiederanschluß an Deutschland aufgefordert wurde.

### Der polnisch-litauische Grenzkonflikt.

Warschau, 28. Februar. (U.) Die zwischen polnischen und litauischen Unterhändlern begonnenen Verhandlungen, von denen man eine Beendigung des Streits um die Grenze des neu-

italen Zone oder um mindestens eine vorläufige Regelung erwartete, sind resultatlos abgebrochen worden. Die litauischen Unterhändler erklärten, daß die Streitfrage in direkten Verhandlungen zwischen den Regierungen von Warschau und Kovno gelöst werden müßte. — In dem von Polen besetzten Teile der neutralen Zone herrscht Ruhe. Dagegen ist es in dem litauisch gebliebenen Teile zu Erhebungen durch polnische Aufständische gekommen. In regierungsoffiziösen Darstellungen wird verkündet, daß es sich dabei um lokale Kämpfe ohne irgendwelche Bedeutung handle. Dagegen lassen sich die rechtspartheilichen Blätter melden, daß es sich um eine regelrechte polnische Aufstandsbewegung handle mit dem Ziele, die polnischen Ortschaften des Litauen zugewiesenen Gebiets nicht von Polen abtrennen zu lassen.

### Der Lusanner Entwurf in der Nationalversammlung von Angola.

London, 27. Februar. Reuter erfährt, daß der Vertragsentwurf von Lusanne gestern der Nationalversammlung von Angola vorgelegt worden ist. Wie verlautet, rufen die demontierten Minister zur Annahme der Bedingungen unter dem Vorbehalt gewisser Änderungen, über die sie Vorschläge betreffs weiterer Verhandlungen machen werden. In der Nationalversammlung und in der nationallitauischen Presse wird ein kampflosiger Ton angeschlagen. Dagegen soll sich Ismet Pascha außerordentlich bemühen, die Annahme des Vertragsentwurfes zu erleichtern.

### Die chronische Orientkrise.

Paris, 28. Februar. Der Sonderberichterstatter des Petit Parisien in Konstantinopel schreibt, in der Nationalversammlung von Angola habe sich unter dem Namen „Unabhängige Gruppe“ eine neue politische Fraktion gebildet. Sie umfasse diejenigen Elemente, die gegen den Vertrag von Lusanne seien. Die Debatte werde lebhaft sein und lange dauern. Ismet Pascha und Mustafa Kemal würden sehr zu kämpfen haben, wenn sie ihr Projekt zur Annahme bringen wollten. General Peltet habe gegen die Väterangriffe auf Frankreich protestiert, die Frankreich beschuldigten, die Ursache des Scheiterns der Lusanner Verhandlungen zu sein.

### Urteil im Bulharer Attentatsprozeß.

Sofia, 28. Februar. (U.) Nach siebenstündigen Verhandlungen wurde gegen die Urheber des im August des vergangenen Jahres gegen das Königspar verübten Bombenanschlags das Urteil gefällt. Graf Bermond und drei Mitschuldige erhielten je zehn Jahre schweren Kerker. Eine Reihe weiterer Angeklagter wurden in Abwesenheit zur gleichen Strafe verurteilt, unter ihnen der bekannte Führer der Erwachenden Angarn, Hejaz.

### Der neue Oberkommissar für Danzig.

Der Rat des Völkerbundes hat Oberleutnant Ms. Mac Donnell zum Nachfolger von General Haring als Oberkommissar für die Freistadt Danzig ernannt.

### Reichstag.

307. Sitzung vom Dienstag, dem 27. Februar 1923, nachm. 2 Uhr. Zunächst werden einige kleine Vorlagen erledigt bezw. den Ausschüssen überwiesen. Nach kurzer Debatte wird in zweiter Lesung die Reichratsvorlage über die Abänderung des Gesetzes über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern abgelehnt und beschlossen, daß 80 statt der vom Reichsrat geforderten 90 Prozent der von den Gemeinden veranschlagten Unterstützungsbeträge durch das Reich zu ersetzen sind.

### Es wird dann die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums fortgesetzt.

Abg. Rebebour (NSD.): Zu welchen Zwecken unterhält die Reichswehr Verbindungen mit den Organisationen der Orgel? Wenn man nicht an den Kampf mit einer ausländischen Macht denkt, wie der Minister erklärt hat, dann sollen doch alle Machinationen darauf hin, eine Kampftruppe gegen die Arbeiterkraft zu bilden. Nur das einzige Proletariat wird einen neuen Kampfputsch verhindern und dem französischen Imperialismus widerstehen können. Der Militarismus muß abgelehnt werden.

### Abg. Rühner (So.):

Die Antwort des Ministers Geßler auf die Ausführungen meines Parteifreundes Schöpfkin haben in weitesten Kreisen nicht befriedigt. Orgel und Offiziersbünde treiben unangesehnt militärische Propaganda und Angehörige der Wehrmacht nehmen an nationalitischen Versammlungen teil. Ein Oberst hat auf eine Beschwerde wegen dieser Tätigkeit seiner Soldaten sogar geantwortet, daß er dieses Treiben durchaus billigte. Das Volk verlangt, daß diejenigen, die immer wieder gegen die Verfassung und gegen die Gesetze verstoßen, nicht nur bestraft, sondern aus dem Heere ausgewiesen werden. Es ist unmöglich, daß Offiziere aus uraltem Adel innerhalb der Reichswehr im republikanischen Sinne erfolgreich wirken können. Der Reichswehrminister hat erklärt, es müßten alle Verbindungen der Faschisten mit der Reichswehr verhindert werden. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Reichswehr sind Waffen gestohlen worden. Hat das Reichswehrministerium nicht untersucht, ob diese Waffen nicht etwa vertrieben wurden? Wenn die Reichswehr keinen ordentlichen Wachdienst aufrechterhalten kann, dann sollte sie sich mit der Wache- und Schließgesellschaft in Verbindung setzen. (Seitertzeit.) Sind nicht etwa mit Hilfe von Reichswehrministern und Offizieren Waffen an die Nationalisten vertrieben worden? Der verhaftete Bandenführer Herbedech mußte nach einer Erklärung des Regierungspräsidenten in Oppeln auf Anweisung aus dem Wehrministerium wieder freigelassen werden.

Unter den Soldaten der Reichswehr werden immer noch in großem Maße Zeitungen verbreitet, deren Aufgabe es ist, in monarchistischer Stimmung zu machen. In die Hände des Reichswehrsoldaten gehören Zeitungen, die im republikanischen Geiste gehalten sind. Von gewissenlosen unvorsichtigen Stellen wird unser Volk gerade in der jetzigen Zeit irreführt. Mit allen Mitteln versucht man, es zu einem Freiheitskampfe aufzureizen. Ein Major Krieh, es könne der Moment kommen, wo es wieder losgehe. Solche Leute können nicht Führer des Volkes sein, sie gehören hinter Schloß und Riegel, wie zum Beispiel auch der General v. Watter. Diese nationalitische Kriegsbegehrung wird nicht dazu gemacht, um den Abwehrwillen des deutschen Volkes zu stärken, sondern um den Monarchisten Gelegenheit zu geben, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. All die Verbände, die zur Gewalt aufreizen, all die Organisationen um Walle usw. sind für das deutsche Volk ebenso schättnme Feinde wie Poincaré. Man sollte doch bedenken, daß unser Heer nicht imstande ist, auch nur den geringsten militärischen Erfolg gegen die Armeen der Entente zu erzielen. Aber diesen Kampf will man nicht, sondern man will die Errichtung der Monarchie. Aber darüber müssen sich die Herrschaffen klar sein, daß in dem Augenblick, in dem sie dieses Ziel erreichen, der Abwehrkampf der Arbeiterkraft im Ruhrgebiet sein Ende erreicht. Die rheinisch-westfälischen Arbeiter stehen treu zum Reich und zur Republik. Aber nicht um der Monarchie willen, wie etwa vor 100 Jahren. Wir deutschen Sozialdemokraten verkennen nicht die schwierige Lage unsres Landes, aber wir kämpfen ebenso gegen den deutschen wie gegen den französischen Militarismus. Wir und unsere Freunde in Frankreich erstreben die deutsch-französische Verständigung. (Beifall links. — Lachen rechts.)

### Reichswehrminister Geßler:

Es ist richtig, daß sehr von Unverantwortlichen alle möglichen Kriegspläne angeregt werden. Die Verletzung dieses Anstimmens würde sehr zur Erheiterung dieses Hauses beitragen. Sehr bedenklich ist aber, wenn kommunistische Arbeiterführer den Arbeitern vorreden, die russische Armee werde ihnen gegen Frankreich und die

deutschen Kapitalisten zur Hilfe eilen. So hätte es für ganz aus-gelassen, daß Sowjetrußland in dieser Weise den deutschen Arbeitern zu Hilfe kommen kann. Die kommunistische Agitation ist ebenso bedenklich wie jede andre Agitation, die an militärische Aktionen appellieren. Der Abgeordnete Künster hat an mich verschiedene Fragen gerichtet, aber ich halte es in dieser Zeit für unmöglich, wenn Minister nicht zu viel Neben hatten. Ich habe nicht erklärt, daß zwischen der Reichswehr und den illegalen Organisationen keinerlei Verbindungen bestehen. Ich habe vielmehr in enger Verbindung mit Minister Seering alle die beunruhigenden Nachrichten mit größter Aufmerksamkeit nachgeprüft. Ich halte es aber für unmöglich, solchen geistigen (?) Bewegungen allein mit dem Polizeistock beizukommen. (Unruhe links.) Machen Sie (zu den Sozialdemokraten) doch nicht denselben Fehler, den früher die Reaktion machte, die in jedem Sozialdemokraten einen Verbrecher sah. In dieser Bewegung gibt es Idealisten, wertvolle Leute und verächtliche Geschäftemacher. Ich habe alles getan, um ihr Uebergreifen auf die Reichswehr zu verhindern. Die Überwachung und Verfolgung der illegalen Organisationen ist Sache der Polizei und Gerichte und nicht der Reichswehr. Nur von dem preußischen Minister des Innern, Seering, erfahre ich, ob Reichswehrlente an verborgenen Versammlungen teilgenommen haben, denn meine eigenen Nachrichtenbüros sind ja aufgehoben.

Der Minister gibt dann bei an anderer Stelle wiedergegebene Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Geheimverbänden ab. Mein Zusammenwirken mit dem Minister Seering verfolgt auch den Zweck, zu verhindern, daß noch so viele Soldaten und Offiziere mit Reichswehrausweisen herumlaufen. Mit dem entlassenen General von Watter hat die Reichswehr nichts zu tun. Auch in seinem Prozeß wurde die illegale Rechtsorganisation mit der Gefahr eines Putsches von links begründet. Daraus ergibt sich erneut, wie gefährlich die ständige Drohung von links mit einer neuen Revolution ist. Sie (nach links) dürfen doch nicht erwarten, daß das Bürgertum sich ohne weiteres abklären läßt. Wenn Sie die Macht ergreifen wollen und dazu das verfassungsmäßige Mittel des Wahrspruchs anwenden, wird sich kein Mensch dagegen wehren (Lachen links.) Ich will dafür sorgen, daß in meiner Verwaltung nichts gegen die Verfassung und nichts gegen die Grundlagen der deutschen Republik geschieht. Die Gesundheit kann uns aber nicht der Polizeistempel bringen, sondern nur die Entwicklung republikanischer Tugenden. (Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

Abg. v. Galtwitz (D.Nat.) erklärt, das Tun und Treiben der „nationalen Verbände“ sei von vaterländischem Geiste erfüllt und diene nur dem Schutz von Recht und Ordnung. Abg. Petlich (Komm.) wiederholt die Behauptung von der Verbindung zwischen Reichswehr und illegalen Organisationen. Abg. Rebebour (L. Soz.) fordert die Abschaffung der Reichswehr, die keine Existenz habe. — Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

In der Einzelberatung stellt Abg. Moses (Soz.) fest, daß die Geschlechtskrankheiten und Selbstmorde in Meer und Marine gewaltig zugenommen haben. 13 Selbstmorde in der Reichswehr seien allein auf Geschlechtskrankheiten zurückzuführen. Die Sanitätsverwaltung müsse für hygienische Belehrung der Soldaten sorgen. Im Jahre 1921 seien in der Reichswehr 137 natürliche Todesfälle und 105 Selbstmorde, im Jahre 1922 100 Selbstmorde vorgekommen. Das seien prozentual siebenmal soviele Selbstmorde wie im ganzen deutschen Volk. Mißhandlungen dürften nicht mehr Grund für Selbstmord sein, darum seien Mißhandlungen und Beschimpfungen mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Der Rest der Ausgaben und Einnahmen für die Reichswehr werden bewilligt.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Marineetat, Wiederaufbauetat und Goldanleihe.) Schluß 47 Uhr.

### Von Nah und Fern.

#### Killer in einem Kino.

Berlin, 26. Februar. (U.) Ein Brand, der leicht die schwersten Folgen hätte haben können, brach am Sonntagmorgen in einem Kinosheater in der Wiener Straße am Görlitzer Bahnhof während einer Vorstellung für Jugendliche im Vorführsaal aus. Der Zuschauerraum verqualmte in kurzer Zeit. Eine Panik bemächtigte sich der Anwesenden, von denen viele verletzt wurden.

#### Unfälle auf dem Meere.

Hamburg, 27. Februar. Der Hamburger Dampfer Otto Fischer ist vor Kap Wilans gesunken. Wie dem Hamburger Echo aus Gibraltar gemeldet wird, hat der norwegische Dampfer Ober den ersten Offizier und 13 Mann des Otto Fischer in Gibraltar gerettet. Der japanische Dampfer Satogaki Maru reitete den Kapitan, den leitenden Ingenieur und 25 Mann der Besatzung bei schwerem Wetter. Damit ist die gesamte Besatzung gerettet.

Hamburg, 28. Februar. Der Kapitän des Hamburger Dampfers Coimbra, der von Portugal nach Hamburg bestimmt war, teilte drohtlos mit, daß er bei unklarem Wetter in der Elbmündung mit einem unbekanntem Dampfer zusammengestoßen sei. Dieser sei vermutlich gesunken und Dampfer Coimbra beschäftigt sich mit der Rettung der Schiffbrüchigen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Kopenhagen, 28. Februar. Aus Melbourne ist ein vom 28. Februar datiertes Telegramm eingelaufen, daß am 14. Februar ein Schiffunge des dänischen Schulkiffes „Sterna“ über Bord gefallen und ertrunken ist. Beim Rettungsversuch ging das Rettungsboot unter, wobei weitere fünf Mann der Besatzung den Tod erlitten. Die Unfallstelle wurde drei Tage lang vergeblich abgesehen.

#### Aufhebung einer verkrüppelten Leiche in Berlin.

Berlin, 27. Februar. Gestern abend wurde am Mühlendamms aus dem Wasser der Rumpf einer weiblichen Leiche geborgen. Kopf, Arme und Beine fehlten. Der Rumpf war zunächst in einer gemulerten Gasse aufbewahrt. Dann in einem Baumstumpf und endlich in einer drahtlichen Portiere eingewickelt. Das ganze Paket war umschürt und an den Ecken mit Sicherheitsnadeln zusammengesteckt.

#### Eisenbahnunfälle im besetzten Gebiet.

Koblenz, 27. Februar. Gestern nacht ereignete sich auf der mit internationalen Strecke Koblenz bei Bahnhof Königsbach ein Unfall, wobei eine Lokomotive und 7 Wagen des Zuges entgleisten. Beide Gleise wurden mehrere Stunden hindurch gesperrt. Nachdem ein Gleis für den Verkehr wieder frei geworden war, ereignete sich mittags ein neuer Unfall, wobei die Lokomotive und 5 Wagen entgleisten und erheblich beschädigt wurden. Ob Verungen dabei zu Schaden gekommen sind, ist nicht bekannt.

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

### Verantwortlich für den literarischen Teil:

Suip Seyffand in Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Altmeißnerblock, Leipzig.

## Herabgesetzte Schuhwarenpreise





Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion. Donnerstag, 8 Uhr, Fraktions-sitzung im Volkshaus.

Öfen. Der Diskussionsabend findet umständehalber erst morgen Donnerstag, 1. März, 1/8 Uhr, im Bibliothekszimmer statt.

Bannsdorf. Donnerstag, abends 1/8 Uhr, Frauenabend in der Bärse, Friedrichstraße.

Reuhsch. Donnerstag, abends pünktlich 7 Uhr, in der Schule, Frauenabend.

Parteifunktionäre und Betriebsräte der USPD. Montag den 5. März, abends 7 Uhr, wichtige Funktionär-Zusammenkunft im Friedensfels, Windmühlentweg.

Beamtengruppe der USPD. Groß-Leipzig. Morgen Donnerstag, 7 Uhr, im Volkshaus. Gen. Linser spricht über: Die Stellung der Beamtenschaft zur Steuerpolitik im Reich.

USPD-Metallarbeiter. Donnerstag, den 1. März, in allen Bezirken, sehr wichtige Sitzung. Jeder Betrieb muß unbedingt einen Kollegen entsenden.

Mitglieder-Versammlungen der USPD. Groß-Leipzig. Ortsverein Cotta. Sonnabend, den 3. März, abends 8 Uhr.

Neue Abholstellen für die Leipziger Volkszeitung. Kleingehöcker: Max Georgi, Zigarrenhändler, Dieskaustraße 31.

Papierwucher und Zeitungspreise.

Ununterbrochen steigen die Papierpreise. Am 1. Januar muhten wir bezahlen für ein Kilo Zeitungspapier 500 Mk., am 15. Januar 593 Mk., am 1. Februar 1170 Mk., am 15. Februar 1440 Mk.

Die bürgerlichen Zeitungen in den kleineren Städten Sachsens haben ihre Bezugspreise fast alle weit über 3000 Mk. erhöht, so in Mittweida und Döbeln auf 3400 Mk., in Borna und Bauhen auf 3000 Mk., in Jittau auf 4000 Mk.

Diesen Preisen gegenüber, die vielfach eine Verdoppelung der bisherigen Bezugsbedingungen darstellen, wird die Leipziger Volkszeitung nur eine Steigerung von 70 Prozent vornehmen.

Dem bei der Amtshauptmannschaft Leipzig befindlichen Versicherungsamt ist die Angestellten-Versicherung für alle Stadt- und Landgemeinden des Bezirks der Amtshauptmannschaft Leipzig vom 1. Januar 1923 ab übertragen worden.

Veränderte Zuständigkeit in der Angestelltenversicherung.

Dem bei der Amtshauptmannschaft Leipzig befindlichen Versicherungsamt ist die Angestellten-Versicherung für alle Stadt- und Landgemeinden des Bezirks der Amtshauptmannschaft Leipzig vom 1. Januar 1923 ab übertragen worden.

Die Anträge unmittelbar bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin einzureichen, ist nicht zweckmäßig und kann nicht empfohlen werden, da die Reichsversicherungsanstalt alle derartigen Anträge dem zuständigen Ausschuss für Angestelltenversicherung zunichtem zur Prüfung überlebens muß, wodurch oft Verzögerungen eintreten werden.

Alle Anträge auf Befreiung von der Angestellten-Versicherung sowie alle Streitigkeiten über Beitragsleistungen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer sind unmittelbar bei dem Versicherungsamt - Ausschuss für Angestellten-Versicherung - anzubringen, das auch in allen andern Fällen, wo Unklarheiten usw. bestehen, jederzeit die erforderlichen Auskünfte erteilen wird.

Die bisher bei dem Rentenausschuss in Berlin noch unerledigten bzw. schwebenden Sachen (Anträge auf Leistungen, Befreiungsanträge usw.), sowie die nach dem 1. Januar 1923 dorthin irtümlicherweise gelangten Anträge sind hierher abgegeben worden.

Insofern bietet die Wahl der Angestellten-Versicherung einen Vorteil, als bei den Hinterbliebenenbezügen die Witwe Rente erhält ohne Rücksicht darauf, ob sie berufsunfähig ist oder nicht.

Als interessantester Tagesordnungspunkt der gestern abgehaltenen Handelskammer-Sitzung figurier die Aussprache über die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Handelskammer und Arbeitslosigkeit.

Als interessantester Tagesordnungspunkt der gestern abgehaltenen Handelskammer-Sitzung figurier die Aussprache über die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

In der Aussprache wurde vielfach getadelt, daß der Rat der Stadt Leipzig sich zu dieser Angelegenheit so passiv verhalte.

Die Ausbeutung der Albertinerinnen.

Unser Artikel hat bisher schon den einen Erfolg gehabt, daß die Oberin, Frau v. Zimmermann, gestern den Schwestern in St. Georg Nachzahlungen bis zu 8000 Mk. ausgezahlt hat.

Die Kosten des Gaslichtes.

Wir haben vor einiger Zeit eine Mitteilung des Presseamtes des Rates über den Preis einer Brennstunde des elektrischen Lichtes veröffentlicht.

Unglaubliche Zustände

herrschen in dem Grundstück Antonstraße 20. Die Mieter dieses Hauses haben unter einem Streit zwischen Restaurateur und Hausverwaltung zu leiden.

noch nichts. Die Leipziger städtische Bureautratie verlagert eben auf diesen Geleite. Und wie sieht es in den Wohnungen aus: der Fuß fällt von den Wänden, die Fensterhaken sind verfault.

Ratsbeschlüsse.

Seit der letzten mit Wirkung vom 1. Juli 1920 erfolgten Erhöhung der Straßeneinigungsabgabe, die damals auf 16, 32, 48 und 64 Pfg. für den Geodimeter festgelegt worden ist, sind die Arbeitslöhne für das Personal des Tiefbauamts und die Materialpreise so erheblich gestiegen, daß eine bedeutende Erhöhung der Sätze für die Straßeneinigungsabgabe nicht zu umgehen ist.

Die Sitzung der Stadtverordneten wird erst am Freitag, abends 8 Uhr, stattfinden. Sie wird sich mit der Armenordnung, Straßenbahnangelegenheiten, Privatschulen, Markthallengebühren, Arbeiterlöhnen, Nachbewilligungen für das Tiefbauamt usw. beschäftigen.

Der Bekmantel der Faschisten. Die Ehrenmalweihen für gefallene Krieger bieten den Orghemännern von ehemals und den Faschisten von heute die beste Gelegenheit, für ihre Bestrebungen zu wirken.

Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene erhalten am Donnerstag, dem 1. März (Buchstabe A-G), und Freitag, dem 2. März (Buchstabe H-R) gegen Vorlegung der Bezugskarte des Ortsamtes im Lager Schuppen der Nordbäckerei A.G. auf dem Magdeburger Güterbahnhofe, Anfahrtsstraße gegenüber der Bäckerei, von 10-3 Uhr, frische grüne Feringe zum Preise von 500 Mk. pro Pfund.

Arbeitslose, Kurzarbeiter, Rentner, Fürsorgeunterstützungsempfänger usw. Donnerstag, den 1. Freitag, den 2. und Sonnabend, den 3. März 1923, findet im städtischen Schlachthof von 9 bis 3 Uhr die Ausgabe von Rindfleisch (gute Qualität), das Pfund 2300 Mk., statt.

Marinarineausgabe täglich von 9-12 Uhr Gerberstraße 3, Zimmer 4, Einzahlung durch den Post-Sammelkasten, Fürsorgeamt, Rentenbescheid und Hauszahlkarte, sowie daselbst Geld und Papier für Mietzins, Kohlen- und Gutteleausgabe in der Woche vom Montag, den 5., bis mit Sonnabend, den 10. März, geschlossen.

Offenabende. 32. Volksschule, Donnerstag, den 1. März, im Schulsaal: Paul Georg Mühl: „Erstes und Letztes von untern Kindern“ - 24. Volksschule, Montag, abends 1/8 Uhr: Referat über Schuldeutsches von Herrn Lehrer Hartig.

Leipziger Messe-Infanterie. Zur Leipziger Frühjahrsmesse vom 4.-10. März werden in den Abendstunden zum ersten Male über der Stadt Leipzig illuminierte Flugzeuge erscheinen.

Im Naturhistorischen Heimatmuseum (Tröndlinger 1, Gewerbeausstellung), findet am Freitag, abends 1/8 Uhr, eine Führung in der Zoologischen Schauammlung statt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Leipzigs. Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr, im Saale des Konzeratoriums, Grafstraße: Erstes Konzert für die arbeitende Jugend (Beethoven gemindert), ausgeführt von Schülern und Schülerinnen des Konzeratoriums.

Achtung, Schulklassen im Oden. Am Sonntag, dem 4. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Sophienstiftchen, Konradstraße, der zweite lustige Nachmittag statt.

Polizeinachrichten.

In der Nacht zum 22. d. M. haben zwei Polizeibeamte in der Wursner Straße aus einem Hause zwei Männer mit einem Paket herauskommen und sofort auf die andere Straßenseite gehen.

Der 1901 in Köben geborene Suttmacherlehrling Walter Bernkein aus Leipzig, der bei dem Duffabrikanten Kleemann in Quedlinburg in der Lehre stand, war am 3. d. M. zwecks Einkaufs verschiedener Waren nach Leipzig gelangt worden.

Der 1901 in Köben geborene Suttmacherlehrling Walter Bernkein aus Leipzig, der bei dem Duffabrikanten Kleemann in Quedlinburg in der Lehre stand, war am 3. d. M. zwecks Einkaufs verschiedener Waren nach Leipzig gelangt worden.

# Sächsische Angelegenheiten.

## Aus dem Landtage.

Im Plenum des Landtages wurden gestern Siedlungs- und Mietfragen behandelt. Ein Antrag der demokratischen Fraktion verlangte einheitliche Richtlinien für die Festlegung der Größe der selbständigen Ackermerkung, auf die die wirtschaftlichen Kleinverhältnisse gebracht werden dürfen. Nach dem Vorschlag der Demokraten soll die Mindestgröße der selbständigen Ackermerkung nicht unter 9 bis 12 Hektar, die der Landstellen nicht unter 2 Hektar, die der Kleinstellen nicht unter 3 Hektar festgelegt werden. Diese Forderung geht weit über die im Siedlungsgesetz aufgestellten Grundbesitzgrößen hinaus und ist wohl in der Hauptsache gestellt worden mit Rücksicht auf die Versprechungen, die die Demokraten während des Wahlkampfes in den landwirtschaftlichen Bezirken gemacht haben. Den Rückfichten auf diese agitatorischen Bemühungen ist auch die weitere Forderung entsprungen, zu landwirtschaftlichen Sachverständigen für Siedlungswesen und in den Pachtbehörden bei den Kreisbauhauptmannschaften auch Siedler und Vertreter des Klein- und Mittelbauernstandes zu bestellen. Mit Recht wurde vom Genossen Schembor und auch vom Wirtschaftsminister Feilisch hervorgehoben, daß der Zweck des Siedlungsgesetzes nicht ist, häusliche Stellen zu schaffen, die nicht mehr mit den eigenen Familienangehörigen, sondern nur noch mit Hilfe von fremden Arbeitern bewirtschaftet werden können. Der Antrag wurde schließlich dem Haushaltsausschuß A überwiesen.

Zwei weitere von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Anträge beschäftigten sich mit den Bestimmungen über den Wohnungsmangel und den Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Wohnungsgesetz. Der Abgeordnete Renner, der die Anträge begründete, brachte eine ganze Reihe von Beschwerden über die Verhältnisse im Wohnungswesen zum Vortrag und wies auf Mängel der angewandten Bestimmungen hin. Die Beschwerden waren zu einem guten Teil begründet, was auch vom Ministerium anerkannt wurde. Ministerpräsident Buch teilte mit, daß bereits der Entwurf neuer Ausführungsbestimmungen zur Landeswohnungsangelegenheitsverordnung vorgelegt worden sei, der den beteiligten Kreisen zur Besprechung und Begutachtung vorgelegt werden soll. Soweit die Verordnung über den Wohnungsmangel in Frage kommt, scheiterten alle Maßnahmen der Regierung und Behörden an der Unmöglichkeit, die Wohnungsnot zu beheben. Mit dieser Erklärung war eine weitere Besprechung eigentlich der Boden entzogen. Die Redner der Parteien beschränkten sich denn auch in der Hauptsache auf einige mehr oder minder „hute“ Rathschläge. Die Weiterberatung wurde dem Rechtsausschuß übertragen.

## Zur Reinerwerbungsbildung.

### Was die Kommunisten wollen.

Was vorauszusetzen war, ist eingetreten. Die Kommunisten haben die von unsrer Fraktion aufgestellten Richtlinien zur Reinerwerbungsbildung als unzustandbehaftet abgelehnt. Herr Büttcher erklärte in der Sächsischen Arbeiterzeitung, die Richtlinien seien „eine Provokation“ der kommunistischen Partei. Diese fahne Behauptung läßt allerdings auf die Absichten der Kommunisten. Und etwaige Zweifel werden noch behoben, durch das Programm, das die Kommunisten aufgestellt und unsrer Fraktion unterbreitet haben. Das Antwortschreiben der Kommunisten auf unsere Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Dresden, den 27. Februar 1923.

In die Landtagsfraktion der USPD.

Werte Genossen!

Zu Euerem Schreiben vom 22. Februar d. J. müssen wir mit größtem Bedauern feststellen, daß die in diesem Schreiben enthaltenen Richtlinien, die von der sozialdemokratischen Mittelschicht gefordert werden Kongressionen nach links in seiner Weise erkennen lassen. Diese Richtlinien bleiben sogar weit hinter den Vorschlägen der USPD vom 28. November 1922 anfänglich unsrer damaligen Verhandlungen zurück.

Die Landtagsfraktion der USPD hat die gleichen Richtlinien den Demokraten übermittelt. Auch dieser Umstand beweist, daß die USPD-Fraktion bei der Aufstellung der Richtlinien eine Basis zur Verständigung mit den Bürgerlichen schaffen wollte. Es wird Euch ohne weiteres einleuchten, daß Richtlinien, die die Basis für eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien abgeben sollen, keine Grundlage bilden können zur Verständigung mit den Kommunisten.

Die kommunistische Partei ist nach wie vor bereit zu einer Verständigung mit der USPD, um das Zustandekommen einer Arbeiterregierung in Sachsen zu ermöglichen.

Eure Richtlinien vom 22. Februar sind als politische Basis für eine Arbeiterregierung unannehmbar. Wir unterbreiten Euch deshalb die in Euerem Schreiben vom 23. Februar gewünschten Gegenentwürfe:

Das proletarische Arbeitsprogramm für die Landesarbeiterregierung in Sachsen.

Die sächsische Arbeiterregierung ist verpflichtet, sofort folgende Maßnahmen durchzuführen und wo die Zuständigkeit des Reiches gegeben ist, ihre Durchführung zu erwirken:

### Zum Schutze der Arbeiterregierung.

a) Einseitige entschädigungslose Beschlagnahme des ganzen in Sachsen bestehenden Vermögens des ehemaligen königlichen Hauses und aller seiner Mitglieder;

b) Bildung von Arbeiterregimenten, Auszubildung und Bewaffnung durch die Organe der Arbeiterregierung unter Kontrolle der Betriebsräte; Belegung der Polizei und ihrer Verwaltung durch freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Beamte;

c) Verbot jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift, besonders auch in den Schulen und Kirchen. Alle monarchistischen und antirepublikanischen Verbindungen, die trotz erfolgter früherer Verbote unter den verschiedensten Decknamen weiter bestehen, sind unzulässig zu machen. In der Justiz, Polizei und Verwaltung sind alle Beamten zu entfernen, die nicht vorbehaltlos die Arbeiterregierung unterstützen;

d) Bildung einer sächsischen Kammer beim Staatsgerichtshof, deren Richter von der Arbeiterregierung aus den Reihen der freigewerkschaftlichen revolutionären Betriebsräte ernannt werden.

### Zur Gemeinderreform.

Einammensystem und kurzfristige Bürgermeisterwahl.

### Amnestie.

Sofortiger Erlass einer allgemeinen Amnestie für politische Verurteilte unter Ausschluß der Konterrevolutionäre sowie aus Not beangenehme Verbrechen und Verbrechen gegen die §§ 218 und 219 des StGB.

### Arbeiterregierung und Betriebsräte.

Die Betriebsräte, die Klassenorgane des Proletariats, haben die Aufgabe, die Arbeiterregierung zu führen und zu kontrollieren. Ein periodisch zusammenkommender Landesbetriebsrätekonferenz wählt aus seiner Mitte eine Exekutivkommission, das mit der Arbeiterregierung, den Arbeiterparteien und Gewerkschaften beistehend aus engster Zusammenarbeit. Dem Exekutivorgan des Landesbetriebsrätekonferenzen sind von der Regierung alle Gesetze, Vorlagen und Verordnungen zu unterbreiten.

Zur Sicherung der Durchführung einer energiegelichen Arbeiterpolitik müssen die Organisationen und Rechte der Betriebsräte ausgebaut werden, damit mit ihrer Hilfe drückend, in den Kreis- und Amtshauptmannschaften alle Gesetze und sonstigen Maßnahmen der Arbeiterregierung gegen alle Hemmungen und Widerstände der Unternehmer und sabotierenden Behörden durchgeführt werden können.

unvermeidlichen Betriebsbeschränkungen keine Arbeiterentlassungen, sondern Kürzung der Arbeitszeit unter Weiterzahlung des vollen Lohnes nach den bestehenden Tarifen. Unterstützung der Arbeitlosen in voller Lohnhöhe, Beschlagnahme der von den Unternehmern abgelegten Beiträge. Verschärfte gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Arbeitsvertrages, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, vor allem in den staatlichen Betrieben, Aufhebung aller dem entgegenstehenden Bestimmungen. Unbedingter Schutzes der Betriebsräte vor Maßnahmen:

### Schutz des Existenzminimums.

Um vom Proletariat die tragsten Folgen der Ruhrbesetzung, der Geldentwertung, der direkten und indirekten Steuern sowie der wirtschaftlichen Ausbeutung durch Industrie, Agrar-, Handels- und Bankkapital abzuwehren, ergreift die Regierung sofort folgende Maßnahmen:

- a) Erhebung einer Zwangsanleihe zur Beschaffung von ausreichenden Mitteln für die Versorgung der wertvollen Bevölkerung mit Lebensmittel und Verbrauchsgüter zu herabgesetzten Preisen;
- b) Erwerbslosen, Erwerbsunfähigen, Sozialrentnern und Kriegsoptionen sind Lebensmittel, Kleidung und Rohstoffe zu besonders billigen Preisen zu liefern.

### Für ausreichende Wohngelegenheit.

Beschaffung von ausreichenden Wohngelegenheiten: Beschlagnahme der Luxuswohnungen und der nicht voll ausgenutzten Wohnräume. Vereinfachung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, die dem Wege stehen. Verbot der Betriebsbeschränkungen durch die Schuldlasten in der Bauwirtschaft und Beschlagnahme der nicht voll ausgenutzten Betriebe zur Beschaffung billiger Baumaterialien für den Wohnungsbau.

### Kampf gegen den Wucher.

Bildung von Wuchergewichten. Wahl der Richter durch die Gewerkschaften. Strenge Bestrafung der Wucherer. Unterstellung der Wucherpolei unter die Kontrollkommissionen. Ausbannung der Kontrollkommissionen und der ihnen unterstellten Wucherpolei mit der Beschlagnahme der Preise bei Wucher voll herabzusetzen. Die Betroffenen haben das Recht, binnen drei Tagen an eine von der Arbeiterregierung auf Vorschlag der Exekutive des Landesbetriebsrätekonferenzen zu ernennende Landeswucherkommission Einspruch zu erheben.

### Beseitigung des Steuerabzugs. — Arbeiterregierung im Reich.

Förderung aller Bestrebungen zur Bildung einer Arbeiterregierung im Reich. Unterstreichung aller Maßnahmen zur Beseitigung des 10prozents Steuerabzugs von Lohn und Gehalt und zur Aufhebung aller den Massenbesatz vernehmender direkten und indirekten Steuern, wie Kohlenumsatzsteuer usw. Förderung und nachdrücklichste Unterstützung aller Bestrebungen zur Erlassung der Sachwerte.

### Für die proletarischen Schulkinder.

Vehr- und Verarmittelreife. Unentgeltliche Schulpflicht. Abgabe von verwilligter Milch, Fett und Nahrungsmitteln für Kinder bis zu 14 Jahren. Unentgeltliche Beleuchtung bedürftiger Kinder mit Wäsche, Schuhwerk und Kleidung. Ständige ärztliche Überwachung und Beratung der gesamten und Behandlung der erkrankten Schulkinder. Einrichtung von Kinderkrippen, Erholungsstätten und Waldschulen, Kinderhorten, Spielplätzen und Jugendheimen. Dieses Arbeitsprogramm der A.P.D. für eine Arbeiterregierung gewährt in vollem Umfange die Möglichkeit, den Kampf gegen die Konterrévolution und die beherrschende Klasse mit den vorhandenen Mitteln zu führen. Die A.P.D. ist bereit, unter diesen Bedingungen an einer Arbeiterregierung teilzunehmen.

### Landesvorstand Sachsen der A.P.D.

J. A. gen. Paul Büttcher.

Landtagsfraktion Sachsen der A.P.D.

J. A. gen. Paul Büttcher.

Wir werden auf die einzelnen Forderungen noch speziell zurückkommen. Heute sei aber bereits darauf hingewiesen, daß die Forderungen der Kommunisten sich in nichts als der Formulierung von den Forderungen von uns als unerfüllbar bezeichneten Bedingungen unterscheiden.

### Die Antwort der Demokraten.

Dresden, den 28. Februar 1923.

In die sozialdemokratische Fraktion des Landtages.

Hierdurch bestätigen wir den Empfang Ihres Schreibens vom 22. Februar und der diesem beigelegten Richtlinien. Wir erklären uns zu Verhandlungen bereit, auch dazu, daß diesen die Richtlinien zugrunde gelegt werden, und wir werden unsrerseits das Mögliche tun, zu einer Verständigung zu kommen. Freilich werden Verhandlungen nur dann erfolgreich sein können, wenn Sie entschlossen sind, Sie mit dem gleichen Ziele zu führen wie wir. In diesem Sinne sind wir zu weiteren Besprechungen bereit und bitten um gefälligen Bescheid, wann Ihnen solche genehm sind.

Ergebenst

Die sozialdemokratische Fraktion.

Dr. Senfert.

### Eine sozialistische Anfrage an die Regierung.

Unsere Fraktion hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht: Ist der sächsische Regierung bekannt,

- 1. daß die Reichswehr im Gebiete des Freistaates Sachsen mit den verbotenen Geheimorganisationen in Fühlung steht und sorgfältig mit deren Vertrauensleuten zusammenarbeitet,
- 2. daß die Reichswehr diese Organisationen durch Übergabe von Waffen unterstützt,
- 3. daß die zur Verfolgung dieser Verbrechen angestrebten Prozesse, z. B. Brüder vom Stein, Korfuss u. c. bei den zuständigen Behörden unerledigt liegen bleiben, so daß die Vermutung nahe liegt, daß unzulässige Dienststellen in unzuverlässiger Weise in diese Verfahren eingreifen.

### B. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

Pegau. Bei der am Sonntag stattgefundenen Stadtwahl ordnetenwahl erhielten USPD 7 (7), bürgerlicher Wähler 5 (6), Beamte 3 (3), A.P.D. 3 (2) Mandate. Die Ziffern in Klammern sind die Mandatszahlen der vorigen Wahl.

Dresden. Vom Dresdner Schöffengericht wurde der Feindschänder König zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in vielfach wiederholten Fällen auf der einen Seite seiner Wage 22 Gramm Papier liegen habe, die seine Kunden stets mitgewogen bekamen, trotz der hohen Preise!

Dittersdorf b. Löbnitz. Wegen Verfälschung von Milch wurde die Gutsherrin Anna Marie Schöy von hier zu hunderttausend Mark Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis verurteilt.

### Sächsischer Landtag.

20. Sitzung, Dienstag, 27. Februar 1923, vormittags 11 Uhr.

Zur Verhandlung kommt ein Antrag Wehrmann (Dem.), der die Regierung ersucht, einheitliche Richtlinien für die Festlegung der Größe der selbständigen Ackermerkung zu erlassen, auf die nach § 1 des Reichs-Wohnungsgesetzes landwirtschaftliche Kleinverhältnisse begründet werden dürfen. Die Mindestgröße der selbständigen Ackermerkung soll nicht unter 9 bis 12 Hektar, die der Landstellen nicht unter 2 Hektar, die der Kleinstellen nicht unter 3 Hektar festgelegt werden. Ferner wird gefordert, zu landwirtschaftlichen Sachver-

ständigen für Siedlungswesen und in den Pachtbehörden bei den Kreisbauhauptmannschaften auch Siedler und Vertreter des Klein- und Mittelbauernstandes zu bestellen.

Wirtschaftsminister Feilisch: Das Ministerium vermag der Forderung nach Aufstellung einheitlicher Richtlinien nicht zu entsprechen. Eine schematische Festlegung der Größe einer Ackermerkung ist bei der Verschiedenartigkeit der örtlichen und klimatischen Verhältnisse nicht möglich. Eine Bestimmung der Größe von Fall zu Fall liegt auch im Interesse der Siedler selbst. Die Festlegung wird man den örtlichen Siedlungsgewesensbehörden überlassen können. Die Einheitlichkeit dabei wird durch Mitwirkung des Landes-Siedlungsgesellschafts gewahrt. Sachsen befindet sich hierbei in Übereinstimmung mit den meisten deutschen Ländern. Dem zweiten Teile des Antrages soll entsprochen werden.

Abg. Schembor (Soz.): Wie man sich zu dem landwirtschaftlichen Siedlungswesen stellt, hängt davon ab, welche Bedeutung man den landwirtschaftlichen Großbetrieben und den häuslichen Betrieben zuspricht. Eine unbestreitbare Tatsache ist, daß man in allen Industrien immer mehr zu Spezialbetrieben kommt, in der Landwirtschaft ist dagegen der kombinierte Betrieb der leistungsfähigere. In allen Ländern, auch in Deutschland, sind die kleineren und mittleren Betriebe in der Landwirtschaft gewachsen und erstarkt. Einen Anteil daran mögen die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben. Dabei haben die landwirtschaftlichen Großbetriebe früher wesentliche Vergünstigungen erfahren. Wir Sozialdemokraten haben uns im Prinzip für die Siedlung erklärt. Wenn wir aber so ins Bocke gehen wollen, wie es der Antrag wünscht, so sind doch mancherlei Bedenken dagegen geltend zu machen. Die kleinen Stollenbesitzer würden gar nicht genug Kapital besitzen und sind mit ihrem ganzen Apparat gar nicht darauf eingestellt, ein größeres Land genügend auszunutzen. Die gute Maßnahme, die verlangt wird, könne also in das Gegenteil umschlagen. Will man das landwirtschaftliche Siedlungswesen schneller fördern, so ist Voraussetzung, daß der produktionsorganisatorische Ausbau auch in der kleinen Landwirtschaft schneller stattfinden muß. Ehe nicht diese Voraussetzung gegeben ist, werden wir bei Erfüllung der Siedlerwünsche eine gewisse Vorsicht walten lassen müssen. In den Siedlungsbestrebungen ist heute eine gewisse Beunruhigung eingetreten. Es fehlen alle Voraussetzungen, wie der Reichsbund sie sich gedacht hat. Die Nahrungsmittelversorgung würde durch ein solches Galopptempo im Siedlungswesen auf den Hund kommen. Die Sozialdemokratie, die ihrer Verantwortung bewußt gegenüber der Allgemeinheit, kann solche Wege nicht mitgehen. Der Redner macht noch auf seinen bereits früher eingebrachten Antrag aufmerksam, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, einen Ausgleich in der Beschaffung von Siedlungsmöglichkeiten anzubahnen, so daß sächsische Bewerber auch anderwärts untergebracht werden können.

Abg. Schreiber (D.Nat.) wirft den Demokraten vor, die Siedlungsfrage mit parteipolitischen Gesichtspunkten zu verknüpfen. Seine Freunde wollen den Siedlungsgebedanken fördern, wo die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden sind. Die Abgabe von Siedlungsland müsse aber freiwillig erfolgen.

Abg. Renner (Komm.): Die Siedlungsfrage muß ihrem Bankrott entgegen gehen, weil es unmöglich ist, die ungeheuren Kosten auszubringen. Wir stehen der ganzen Siedlungsfrage überhaupt wenig zugänglich gegenüber. Durch die Schaffung einer Siedlerkammer soll nur ein Sturmtrupp gegen das Proletariat ins Leben gerufen werden.

Abg. Voigt (D. Sp.) begrüßt die Richtlinien, die die sächsische Regierung zur Durchführung des Reichs-Wohnungsgesetzes aufgestellt hat. Sie seien geeignet, zum Ziele zu führen.

Die Weiterberatung erfolgt im Haushaltsausschuß A. Wohnungs- und Mietfragen.

Es liegen zwei kommunikalische Anträge vor. Der eine verlangt eine Abänderung der Landesverordnung über Wohnungs-mangel. Durch Aufgabe des Gewerbebetriebs freizubehalten gewerbliche Räume sind danach künftig in Wohnungen umzuwandeln. Die Stadtverwaltungen sollen verpflichtet sein, aus den Organisationen der Mieter Kommissionen zu bilden zur Festlegung des von den Bewohnern nicht benötigten Wohnraumes. Der andere Antrag fordert eine Umgestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Wohnungsgesetz im Sinne der Forderungen der organisierten Mieterkammer. Insbesondere wird verlangt, daß die Instandsetzungs-gelder nur mit Zustimmung der Mietervertretung verwendet und die Mietpreise durch die Gemeindegremien nur mit Zustimmung der gewählten Gemeindevorsteher erfolgen darf. Leitende Beamte des Landeswohnungsamtes, welche ihre Stellung in einseitigem Interesse der Vermieter ausnützen, sollen entlassen und durch solche aus den Reihen der organisierten Mieter ersetzt werden.

Ministerpräsident Buch erklärt, daß er vor einigen Tagen den Entwurf einer neuen Ausführungsverordnung zur Landeswohnungs-mangel-Verordnung unterzeichnet habe, der mit den zuständigen Organisationen beraten werden sollte, ehe er dem Landtage zugehen wird. Dadurch dürfte sich ein großer Teil der Wünsche der Antragsteller erledigen. Die Wohnungsbaubehörde und die starke Erhöhung der Mieten werden ohne weiteres dazu beitragen, daß die Leute noch mehr zusammenrücken. Mit weiteren gesetzlichen Maßnahmen ist nichts mehr zu erreichen. Die Polizeibehörden sind angezogen, gegen den Zufluß von Ausländern rücksichtslos vorzugehen. Es kommt wohl vor, daß Wohnungen leer stehen, keineswegs aber so lange, wie immer allgemein angenommen wird, jedenfalls hätten die Wohnungswärter keine Schuld daran. Neue Kommissionen sind nicht nötig, davon gibt es schon genug. Zum zweiten Antrage sagt der Ministerpräsident, daß die Mieter schon jetzt über die Verwendung der Instandhaltungsgelder den Nachweis fordern dürfen, und nimmt dann die Beamten des Landeswohnungsamtes in Schutz.

Abg. Voigt (D. Sp.) bemerkt, daß die Anträge zur Bekämpfung des Wohnungsmanagements in der Hauptsache dem Reichsgesetz widersprechen und deshalb für seine Freunde unannehmbar sind.

Abg. Dr. Sabs (Soz.): In diesen Gemeinden werden die Lurowohnungen schon durch die Kleinwohnanlagen ausgefüllt. Im Handumdrehen lassen sich diese Dinge aber nicht bewältigen. Zweckmäßig wäre es sein, die Kleinwohnanlagen durch die sogenannte Umquartierung zu ergänzen, wonach Familien, die jetzt ihrer Kopffzahl nach eine zu große Wohnung inne haben, das Recht ihrer Abgänger haben sollen, diese gegen eine kleinere einzutauschen. Die Genehmigung zur Umquartierung ist indessen vom Reichsarbeitsministerium noch nicht gegeben. Wenn es heute noch große Wohnungen ohne Kleinwohnanlagen gibt, so hat das vielfach seinen Grund darin, daß die Bescheidenheit der Wohnungen die Aufnahme von Kleinwohnanlagen ausschließt oder daß die Inhaber der Wohnungen schon die Abänderung bewirkt haben. Bei der Umgestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Wohnungsgesetz wünschen wir, daß ein weitestgehendes Mitwirkungsrecht der Mieterkammer sichergestellt wird. Zu schlimmen Zuständen müßte es jedoch führen, wenn im einzelnen Falle das Parlament sich in die Beamtenernennung einmischen wollte.

Abg. Wörner (D.Nat.): Wenn die Linksparteien etwas gegen die Wohnungsnot tun wollten, dann sollten sie dafür sorgen, daß ein Damm gegen das Ausländerumströmen errichtet wird.

Abg. Günther (Dem.): Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sind durch die Geldentwertung immer wieder über den Haufen geworfen worden. Die Zwangsverwaltung ist ganz gut gemeint gewesen, aber sie haben weder dem Mieter noch dem Vermieter etwas genützt, sondern hat im Gegenteil beide Teile gelähmt.

Abg. Voigt (D. Sp.) weist darauf hin, daß die Mietpreisfestsetzung heute von parteipolitisch zusammengesetzten Kommissionen erfolgt. Die Hinzuziehung von Gemeindevorstellern würde auch in diese Angelegenheit die Politik hineinfließen.

Die Anträge gehen an den Rechtsausschuß.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1. März, vormittags 11½ Uhr: Eintragsantrag (Soz.) auf Behebung des Reichsstandes der öffentlichen Verkehrsanstalten.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Zur Ortsverwaltungswahl im Metallarbeiterverband.

Die Kommunisten Lieberach und Kompantje sind in großen Mengen, weil sie wissen, daß ihnen am Sonntag daselbst das Schicksal bevorsteht, wie ihren Gefinnungsreunden in den anderen Gewerkschaften am Orte, d. h. daß sie nicht wieder gewählt werden. In ihrer Angst wissen sie nun kaum noch, wie sie die VSP-Kollegen verdrängen sollen. Sie fasseln in der Rubelfahne vom Zerlegungsvorhaben der VSP, und bezeichnen unsere tätigen Genossen als Reformisten und Slinkenknappen, die nun auch noch die Demokratie (wie sie die Kommunisten verstehen) in der Gewerkschaft beseitigen wollen. Es wirkt erheiternd, wenn sich ausgerechnet Lieberach als den berühmten Verfechter der Demokratie aufspielt, der erst bei der Nachwahl zur Ortsverwaltung brutal den Standpunkt vertrat: „Mehrheit bleibt Mehrheit“ weil er gerade eine kleine Zufallsmehrheit seiner Parteianhänger hinter sich hatte. In diesem und in ähnlichen Fällen wurden die Grundzüge der Demokratie von Lieberach und seinem Anhang brutal mit Füßen getreten. So handeln die Kommunisten überall, wo sie zufällig die Mehrheit haben. Rücksichtslos werden politisch Andersdenkende entfernt, um die Gewerkschaften vor den kommunistischen Parteifarren zu schützen. Die Ortsverwaltungswahlen im Rheinisch, Jena usw. liefern den besten Beweis. Alte, bewährte Gewerkschafter mußten der kommunistischen Parteiblitatur weichen.

Was ist nun eigentlich in Leipzig geschehen, daß sich Lieberach, Reichenweber und ihre Freunde so aufregen? Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit haben sie den Kollegen erzählt, die VSP-Führer und Angestellten seien reformistische Feiglinge, die nicht kämpfen wollen, sie hätten ihre Macht in den Gewerkschaften benützt, um die Arbeiter an die Kapitalisten zu verraten und ähnliches mehr. Die Mehrheit der Kollegen erkannte sehr bald, daß solche Agitationsmethoden zerlegend wirken und zur Zerstückelung der Gewerkschaft führen müssen. In den Bezirks- und Branchenversammlungen, wo die erweiterte Ortsverwaltung gewählt wurde, wurde die Quittung für diese Zerstückelungsarbeit erteilt; reichlich drei Viertel der Stimm wurden VSP-Kollegen übertragen, die sich in praktischer Arbeit bewährt haben. Darüber hinaus wollten die Kollegen durch guten Besuch der Generalversammlung dafür sorgen, daß auch die engere Ortsverwaltung mit arbeitstunfähigen Kollegen besetzt wird. Der Besuch war so stark, daß das Versammlungslokal die Massen nicht fassen konnte. Nichts war deshalb berechtigter, als das Verlangen nach dem Ver-

weigerung der Verleumdungen, damit jedem Mitarbeiter das Mitbestimmungsrecht gesichert ist. In der gleichen Richtung lag das Verlangen nach Urwahlen.

Der Wille der Kollegen, ihre Geschicke selbst zu bestimmen und eines ihrer heiligsten Güter, die feste, geschlossene Organisation vor der Zerstörung zu schützen, ist erwacht. Und dieser Wille wird auch die Wege finden, sich durchzusetzen, mögen die Lieberach und Konstanten den verhassten VSP-Kollegen auch folgen, die Demokratie sollte beseitigt und die Mitglieder enteignet werden. Die Kollegen werden dafür sorgen, daß in Zukunft die kommunistischen Drahtzieher nicht mehr in der Lage sind, mit Hilfe eines Häufleins fanatischer Parteianhänger mit den Geschicken der Leipziger Metallarbeiter im Interesse Moskaus Fingeball zu spielen. Die Urwahlen sind beschlossen und auch das Vertreterforum wird sich durchsetzen trotz aller Schimpereien Lieberachs.

Erfreulicherweise hat die Mehrheit der Metallarbeiter den Ernst der Situation erkannt. Die Art der Arbeitervertretung, wie sie von Lieberach und Genossen durch den Sturz der sozialistischen Regierung in verbrecherischer Weise getrieben wurde, hat vielen die Augen geöffnet.

Am nächsten Sonntag, dem Tage der Urwahl, muß den Kommunisten die Quittung für ihr Verhalten ausgehändigt werden. Deshalb Kollegen, wählt die Kollegen der VSP, die sich in jahrelanger Tätigkeit als freie Gewerkschafter bewährt haben und nicht nach der Pfeife einer Parteiinstanz tanzen: **Alte Leitzgräber.**

### Lohnbewegung im Handelsgewerbe.

In den Branchen Allgemeiner Großhandel, Lebensmittel- und Einzelhandel hat der Schlichtungsausschuss in einer Mehrsprach-Kammer einen Schlichterbescheid gefällt. — Tarifverträge für diese Branchen, sowie für den Kartoffelgroßhandel und Markthallenhandel sind im Bureau zu haben. Deutscher Verkehrsband.

**Buchhändler und Papierarbeiter.** In der am 28. Februar im Volkshaus stattgefundenen Jahresgeneralversammlung, bei der erstmalig die Wahl der Ortsverwaltung sowie Kartelldelegierten in der Versammlung vorgenommen wurde, wurden 518 Stimmen abgegeben. Davon waren drei unglücklich. Für die Ortsverwaltung erhielten Stimmen: Böhnisch 442, Bergmann 438, Friedrich, Martha 418, Höber, Fritz 416, Schabader 408, Gerber 387, Müller 386, Höber, Alfred 365, Böhme 363, Köhler 351, Bahch 337, Damm 27, Müller 7. Die ersten neun gelten als gewählt. Zur Wahl der Kartelldelegierten erhielten Stimmen: Heike 443, Peitz 399, Böhnisch 389, Schabader 380, Haffner 359, Adler 350, Friedrich, Martha 338, Bahch 256, Junger 36, Brummer 22. Die ersten sechs gelten als gewählt. Die Ortsverwaltung.

### Streik in der Chemischen Industrie Sachsens.

Wegen Lohnhöherungen sind in einer Reihe von Orten, darunter auch Leipzig, die Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Handwerker sind am Streik beteiligt. Weitere Arbeitseinstellungen dürften nur nach Lösung der Organisation vorzuziehen werden. Strengste Disziplin ist nötig. Streikbureau: Volkshaus, Telephon 12730.

Freitag, abends 1/7 Uhr, Sitzung aller Betriebsräte und Vertrauensleute der Chemischen Industrie im Volkshaus, Gartenkolonnenstr. (siehe Inserat). Verband der Fabrikarbeiter.

**ha. Allgemeine Verbindlichkeit ohne Veröffentlichung.** Die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen war bisher an die Veröffentlichung geknüpft. Ein neues Gesetz macht diese entbehrlich, wenn der Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von sämtlichen Vertragsparteien gestellt oder gegen den keine Einwendung erhoben wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten und Schlichtungsausschüsse sind jetzt angewiesen worden, darauf hinzuwirken, daß von dem neuen Gesetz möglichst Gebrauch gemacht wird, um den Arbeitsverwaltungen ihre drückende Arbeitslast zu erleichtern und die Wohlstand der Betriebe möglichst schnell den Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen. Neue materielle Bestimmungen sollen abgeändert werden, damit sie nicht aufhoben.

**Ausland der Norddeutscher.** Infolge gekletterter Lohnverhandlungen trat am 24. Februar die gesamte Arbeitnehmerschaft der Fischindustrie Hamburg-Altona mit Ausnahme des Betriebes der Großhandelsfirma deutscher Konsumvereine in den Ausstand. Die an den Fischmärkten liegenden Dampfer werden nicht mehr gefischt.

**Metallarbeiteransperierung in Ungarn.** Die seit mehr als zwei Wochen dauernden teilweise und gänzlichen Arbeitseinstellungen in zahlreichen Betrieben der Eisen- und Maschinenindustrie haben dazu geführt, daß die dem Verband der Eisenwerke und Maschinenfabriken angehörenden Unternehmen ihren Betrieb eingestellt und die Arbeiter ausgesperrt haben. Diese Maßnahme trifft etwa 35 000 Arbeiter.

### Berichtungsstafel.

**Mittwoch, den 28. Februar.**  
Vertrauensmänner und Betriebsräte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben. Volkshaus, 7 Uhr.  
Großhandel (3. d. U.), Braustraße 17, 1/8 Uhr.  
Schulbildung, Volkshaus, 1/5 Uhr.  
Kaufmännischer, Volkshaus, 7 Uhr.  
Kaufmännischer (Vertrauensmänner usw.), Volkshaus, 7 Uhr.  
**Donnerstag, den 1. März.**  
Beamtengruppe der VSP, Groß-Beizig, Volkshaus, 7 Uhr.  
Beziehungen in der Herren- und Damenkleiderei, Volkshaus, 7 Uhr.  
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

### KLEINER ANZEIGER

**Stellenangebote**  
**Heizer u. Hausmann**  
gelehrt. Handwerker (Maurer u. Schloßer) benötigt. — Vorkennung nicht erwünscht. Gelüste u. Zeugnisse an Bezirksamt Thekla bei Leipzig.

**Tüchtiger Vorarbeiter**  
für Feinblechkonstruktion für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.  
Leipziger Eisenbauanstalt G. m. b. H.  
L.-Eutritzsch, Sächsenstr. 72.

**Tanzmeister**  
für Sonntag gesucht  
Neuer Gasthof Mookau.

**Perf. Seifenledermstr.**  
ausblühweise bei  
Bühler u. Bertram  
Sobienstraße 22.

**Saub. Wulwartg. gel.**  
Beaumontstraße 19  
Opornsh. Horveling.

**Schulung**  
zum  
Weggehen gesucht.  
Meyer, Friedrichstr. 1, 11

**Verkäufe**  
**Herren-Schlüpfer**  
Wingge, Joppen  
gefert. billigst bei  
Schlüpfer, ohne  
Preisauflage  
**K. Hertlein**  
Eisenbahnstr. 33. 11.

**Gardinen**  
Kunstlergardinen, Stores  
Spannstoffe, Gardinen v. Stück  
weit unter Taxopreis  
Spezial-Geschäft **Ella Welke**  
Schönefeld, Ploßstr. 4, 1.

**Anzüge Schlüpfer**  
Schuhe sehr  
und preisw.  
Militär-  
Enkel. Leder-  
Mantelherren-  
Herren-Unterwäsche  
Strümpfe  
Decken  
Taschentücher.  
lauf. preisw. abzug.  
**Gehr. Sprung**  
Windmühlstraße 43  
Berderstraße 16  
Fernruf 15184

**Damen-Mäntel**  
Kleider, Röcke, Blau  
gefert. billigst bei  
Zahlungserleichterung  
ohne Preisauflage  
**K. Hertlein**  
Eisenbahnstr. 33. 11.

**Anzüge**  
Schlüpfer  
Gummimant.  
Hosen  
Joppen  
nach sehr  
billig bei  
**Barth**  
Grosso  
Fleischerg. 1

**Christliches  
Eingekleidet!**  
**Anzüge  
Hosen  
Joppen  
Schlüpfer  
Gummimantel**  
b. Käthe Thieme,  
Sporengasse 10, 1.

**Gerod. Som. - Kober.**  
Anzug u. West. Co.,  
Sornalischer Str. 11.

**Kinderwagen**  
Klappwagen, Sofa  
u. West. Koberstr. 11, p. u.  
an d. Neustadt. Str.

**Mäntel, Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Güterb. Kleider, Röcke,**  
Blusen, Wäsche u. d. h. l.  
Sornalischer Str. 13. 1.  
Güterb. Federb. d. f.  
Schl. Kochstr. 23. p. 1.

**Kaufe in Eile, wer irgend kann!**  
Wer wegen der verläßt herbeigeführten  
Deshalb einen Rückgang der Preise für  
**Reichardt-Kakao  
und -Schokoladen**  
erwartet, bedenkt nicht, daß diese Fabrikate  
seit jeher und sogar noch heute erheblich  
**unter Dollarkurs**  
liegen. Ihr Preis muß daher um so schneller  
und höher steigen, je später sie abgekauft  
werden, vor allem, weil die Liefer nur vor-  
übergehende Gelegenheiten, die Devisenrechte  
für den verarbeiteten Rohkakaos zu ermäßig-  
ten Kursen abzugeben, nicht wahrgenommen  
werden kann, solange das Betriebskapital in  
Fabrikaten liegt. Andere fehlende  
Verfaktoren, wie Zölle, Steuern, Frachten,  
Löhne, Materialien, Zinsen sind auch  
zu berücksichtigen. Reichardt-Kakao  
und Schokoladen sind zudem nicht nur  
billig, sondern auch notwendig und daher  
**besser als Gold!**  
Wer die Ursachen der fortschreitenden Verteue-  
rung erkennen will, verlange gratis den neuen  
**Reichardttruf!**

**Alte Trauringe** und alle sonstigen Gold- und  
Messing, Gabeln usw. Brillanten sowie Zahngebisse  
und Silbergegenstände, Löffel,  
Sammlern und Privaten  
Edelmetall-Vorwertung, Vertreter Juwelier Fritz Pfleger  
**Leipzig, Johannisplatz 19 :: Telephon 29570**

**Gold- u. Silberw.**  
**Platin, Zahngebisse**  
Gefakte Uhr, Double,  
Katt. Rings, Brillant,  
Broch u. Abr., Quack-  
s. B., Silberner, Leih-  
nussack, Kf. M. Israel  
Uhrmacher - Lad.  
Promenadenstraße 6  
gegründ. Leipzig-Parit. - 43

**Felle**  
kauft Rändig von Händlern,  
Sammlern und Privaten  
**Felleinkaufszentrale Lindonau**  
Dresden, Str. 2, Ecke Demmeringstr.  
Tel. 41803, Tagespreis-T. i. Kont. erl.

**Schafwolle**  
gew. u. i. Schweiß  
verkauft  
Dändler u. Bro-  
dagent, nur i. der  
Wollverkaufs-Zentrale  
**Hacke & Co.**  
Selpa, Gerberstr. 53  
Tel. 10432.

**Als Selbstverbraucher**  
kaufen Sie  
**Säcke und Sack-  
leinwand.**  
ADILA G. m. b. H.  
L. Eutritzsch, Leipzig 11.

**Rohe Felle**  
kauft Rändig  
Woll. Hoffmann  
Felle engros  
Brühlstr. 1, links  
Tel. 25939.

**Metalle  
Alteisen  
Lumpen  
Altpapier  
Flaschen**  
kauft und holt ab  
Piascock  
**Edlichstr. 14.**

**Schafwolle**  
gew. u. ungew. i. f.  
fa. Richardfahnenbruch  
Verfäiner Str. 11.  
Tel. 11368.

**Felle  
Metalle  
Papier  
Flaschen**  
Erl. Kl. Fleischerg. 10, 1.

**Diverses**  
Lpz. Leihinstitut f.  
**Frack-, Gehrock-,  
Smoker, Cotawayanz,  
Abstr. 25, Dolau, F. 5377**  
**Ratu, Beistand in  
Gerichtssachen**  
Graf. Grimm, Steinw. 1  
**Inzerate** sind an  
die Ex-  
pedition zu senden.  
**Wohnungen**  
Günstigste Licht ja,  
anf. Herr im Westen,  
Bett u. Kofche vor-  
handen, Off. u. S. 35  
Pfl. Obermannstr. 1.  
Möbl. od. l. Zimmer  
gef. Bett u. Küch. vorh.  
Off. u. D. W. 511. 31,  
Welschfelderstr. 31.

**Ausnahme-Angebot**  
bei Zahlungserleichterung ohne Preisauflage  
in  
**Damen-Wäsche (je Qualität), seidene und  
wollene Jumper (versch. Farben)  
Herren-  
Oberhemden mit Kragen  
Baronhonden und Strickjacken  
Gardinen (Kunstlergardinen  
auch vom Stück),  
Kleiderstoff  
Stoppdacken, Schals und Mützen.  
Nie wiederkehrende Gelegenheiten — da Konkurrenzmasse.  
**E. Uiber**  
Gohlis, Gottschallstr. 12, III.  
Straßenbahn-Linien 12 und 20.**

**Kaufgesuche**  
Kaufe Möbel, Sofas,  
Matrasen, Feder-  
betten, Sole etc. ab  
**Ernst Fischer**  
Rant. Steinw. 41, 1.

**Anlehen - Wardenabe**  
Wäsche Bett, Schuhe  
Verhausch. Anlehen  
Galle 6, St. Battend.

**Kaufe tausend alte  
und jeder  
defekte Uhr  
Abstr. 22, p. 1.**

**Schafwolle**  
gew. u. ungew. f.  
Felle, aller Art  
tit. laufend  
Wih. Weidner  
Pfl. 39/46, T. A  
Telephon Nr. 4354.

**Metallkontor Arthur Müller**  
Inh. Paul Müller / Seeburgstr. 22 / Tel. 25 769  
kauft laufend  
**Altmetalle, Alteisenbruch, sämtliche Papierabfälle**  
Händler Extra-Preis!

**Erdal**  
Marke Rolfrosch - Schuhpaste  
Werner & Mertz A. & G. Mainz

## Der Hafen.

Roman von Ernest Poole.

Aus dem Amerikanischen von Hermann Zuz Mühlert.  
Nachdruck ohne Erlaubnis des Verlages der Neuen Gesellschaft, Berlin W. 15, verboten.

### Fünftehtes Kapitel.

In den gewaltigen Gebäuden, die gleich grimmigen Schatten in der Unterstadt auftrugen, schweiften die großen Gefechtsmaschinen, die in der Nacht jedoch, da sie mit den beiden Männern pfauderte, vernahmen wir einen scharfen, erregten Ruf. Hinter uns lief ein Mann an den Schenken vorüber; aus Kneipen und Wirtshäusern strömte eine gellende Menge; durch das Gewirr ertönten die Worte:

„Sie bringen die Gelben, per Schiff!“

Wobei an einem mir bekannten Wächter eilte ich an das freilegende Ende des Docks; von hier aus erblickte ich ein unheimliches, bedenkliches Schauspiel. Unter dem düsteren bewölkten Himmel glitten vier Barken durch den verödeten Hafen; sanften tiefer unter ihrer Pracht: Regat-Arbeiter, Postkutschwagen umgaben sie, schleuderten den Strahl ihrer Scheinwerfer auf die Streifposten, aus deren Mitte wild ergrimmte Stimmen: „Gelbe! Streifbretter!“ brüllten. Eine der Barken legte an dem Dock an, wo ich stand, und die Regat-Kapitäne eilends hinein. Als sie vorbeischnitten, wich ich zurück; in jener Nacht waren sie auch für mich „Gelbe“. Sie wagten es nicht, den Leuten draußen, denen sie den Verdienst genommen, vor die Augen zu treten, sie sollten unter posthumer Schutzhilfe in den Docks wohnen. Bald lag der größte Teil der Streifbretter schraubend auf Strohsäcken, der Rest wurde mit Speise und heißem Kaffee bewirbt. Dann vernahm ich das knarrende Rauschen der Winden, sah die Regat die Frachten schleppen, auf das Schiff befördern; — mir heftiger Bestürzung, Böses ahnend, fühlte ich, daß die Arbeit des Hafens von neuem beginne.

Eine hallige Stimme sagte an meiner Seite:

„Was zum Teufel machen Sie hier?“ Ich wandte mich dem Delektio zu.

„Ich mache den Report über diesen Streit.“

„Das tun Sie nicht; Sie berichten alles, was Sie sehen, den Streikenden. Keine unnützen Worte, mein Freund, wir haben Sie im Verfallungslotal gesehen, und ihren Namen notiert. Wasden Sie sich, wohnen Sie gehören!“

„Und ich ging, wohin ich gehörte.“

Ich mischte mich unter die Masse — sie hatte sich in wütende Menschenmassen verwandelt; hier begann das Chaos. Und die Welt, die ich zurückgelassen hatte, die alte Welt, die Ordnung und Befehle von oben erhielt, ließ ihre Gegenwart verschwinden. Der Gott, den ich einst so gut kannte, hätte ich weber, noch war er tot. Hinter verschlossenen Türen, denselben Türen, die sich mir ehemals liebenswürdig und bereitwillig geöffnet, hatte er stumm Pläne geschmiebelt, Befehle und Aufforderungen an seine Diener gesandt.

Am folgenden Tag schlugen die Zeitungen einen anderen Ton an. Bis jetzt hatten sie uns die Hälfte der ersten Seite gewidmet; meine Berichte waren Wort für Wort abgedruckt worden. Die Reporter hatten im reichen Berge „menschlichen Material“ graben dürfen, sie hatten sich alle begierig, einige auch mit echter Teilnahme darauf gestürzt. Man hätte glauben können, die gesamte Presse stünde auf seinen Seiten, bisweilen schien es mir sogar, als ob das ganze Land in Aufruhr gerate. Rechts aber bot sich schließlich ein anderes Bild, ganz andere Verhältnisse füllten die erste Seite. „Die großen Gesellschaften rührten sich endlich. Der Kampf gegen den Streit beginnt!“ brüllten die Überschriften. Am Abend bereits werde das erste Schiff auslaufen, am folgenden Tage drei Schiffe den Hafen verlassen; die Gesellschaften hofften, in einer Woche den regelmäßigen Verkehr wieder aufnehmen zu können. Sie debattierten den Verlust, der daraus erwachsen war, daß leichtverderbende Waren im Wert von Millionen Dollars in den Docks verfault waren; sowie den Schäden und den Verdruß, den unwissende, verantwortungslose, dem Geleit trohnde Menschen dem harmlosen, unschuldigen Publikum zugefügt haben. Mit solchen Reuten konnte kein Vergleich zustande kommen, brauchte aber auch nicht zu erfolgen. Im Verlauf einer Woche würde der Hafen wieder geöffnet sein.

Derart brachten die großen Gesellschaften ihr Schweigen. Als ich das erste Mal den Frühlings der Zeitungen las, erinnerte ich mich der Worte, die Cleanore Vater gesprochen: „Vergiß nicht, daß die Männer, die hinter mir stehen, diesen Streit zu gewinnen werden.“ Doch nicht ohne harten Kampf, dachte ich. Ich war bekümmert und niedergeschlagen; Dillon hatte uns in der letzten Zeit nicht aufgesucht, er fühlte, daß wir allein sein wollten. Ich bildete auf Cleanore, die in die Tagesneuigkeiten vorliest war, und erkannte mit plötzlicher Liebe und heftigem Mitleid, wie einsam sie sich fühlte. Einen Augenblick später sah sie auf.

„Es steht recht schlecht, nicht wahr, Liebster?“ — fragte sie.

„Es steht böse aus.“

„Wohnt du ins Dock?“

„Ja, sie werden mich brauchen, um auf das Zeug eine Erwiderung zu schreiben.“

„Kannst du einen Augenblick warten?“ — Cleanore erhob sich.

„Ich will mir nur den Hut aufsetzen. Ich habe Nora Ganan versprochen, sie heute in der Verkündungshalle zu vertreten.“

„Ich schloß sie in meine Arme und fragte:

„Du willst also nicht desertieren?“

„Wir sind nun einmal dabei,“ — entgegnete sie ein wenig atemlos, — wir müssen bis zum Ende mittun.“

„Wir müssen beide zum Ende mittun.“

Wir gingen beide zum Dock.

Die Wasserfront hatte sich völlig verwandelt; vor den Docks, in denen die Arbeit wieder aufgenommen worden war, hatte man vermittels Striden einen Raum abgeperrt; innerhalb der Stride stand eine Reihe von Postkasten; außerhalb, in nächster Nähe drängten sich die Leute, für die ein einziger Tag eine derartige Veränderung gebracht hatte; sie bewegten sich ziellos, hatten das Vertrauen auf ihre Macht verloren; empfanden nur mehr eines als gewiß; den heftigen schwäbischen Haß gegen die Männer, die ihnen ihren Verdienst

raubten. Bisweilen verdrückte sich die Postkastentreihe; Regat kamen heraus, um neue Frachten zu holen; Tausende von drohenden Augen starrten sie an. Ich sah einen streifenden Regat vorüberfahren; er ging rasch, mit gebeugtem Kopf — das Kassegefühl hatte zu gären begonnen.

(Fortsetzung folgt.)

## Kleine Chronik.

Kleines Theater (Lilli Grün). Durch allerlei arge Umwege und über grausliche Hindernisse hinweg wird Lilli Grün, das Juwel, der Engel des Hauses Grün, in die Ehe mit dem Manne gelöst, den der Vater ihr aus dem wohl assortierten Sortiment der renommierten Heiratsvermittlerin ausgesucht hat. Daß dies Verheiratete viel besser ist als eine zweifelhafte Liebesheirat, bei der doch meistens nur Unglück herauskommt, ist ja für die vernünftigen Leute, die sich nicht durch die Schwärmerie der Poeten und Eshiker fangen lassen, selbstverständlich. Die bürgerliche Ehe muß doch eine geschäftlich sicher fundierte Sache sein! Herr Földes, der Verfasser dieses Lustspiels, aber tut für die Herzensbedürfnisse seines weiblichen Publikums noch ein übriges; er vergolbet die Geschäftliche durch Liebe, die sich bei der Lilli noch rechtzeitig für den vermeintlichen Bräutigam einstellt. Indem sie von ihrem Ideal, einem etwas ramponierten Stimmkammermann und Kaffeehausliebhaber zu diesem Zwecke in ebensolcher, selbstverleugnender Weise grausam enttäuscht worden ist. Es geht das etwas umständlich und stellenweise stoßend vor sich, und die drei Hauptpersonen, die junge Dame und die beiden Liebhaber, sind nicht lebendige Menschen mit einem glaubhaft ablaufenden Seelenleben, sondern Puppen, die so empfinden und handeln, wie es der Autor braucht, um je nachdem spannende, erheitende oder rührende Wirkungen zu erzielen. Von einer gezeichneten Charakterzeichnung ist keine Rede. Aber die äußeren Merkmale des jüdisch-ungarischen Lebens und Milieus verleiht Herr Földes geschickt nachzuzeichnen und trotz einer gewissen Langsamigkeit kann er amüsieren. Er kommt jedenfalls den Bedürfnissen eines Publikums, das nicht anstrengende Unterhaltung sucht, gefällig entgegen — weshalb denn das Stück auch verbürgten Nachrichten zufolge, auf einer stattlichen Anzahl von Bühnen Erfolge verzeichnet. Natürlich hier auch.

Leber das Stück braucht also nicht weiter geredet zu werden. Aber über die Aufführung. Dem Kleinen Theater late eine etwas energiereichere Regieführung dringend. Daß Annaliese Würz so gar nichts ist, um sich als berechtigtes Mitglied der jüdischen Kleinbürgerfamilie auszuweisen, ist nicht recht von ihr — und dann könnte sie schon etwas mehr Temperament vorausgeben. Man wurde schmerzhaft an eine junge Künstlerin erinnert, die im jüdischen Theater solcher Rolle den richtigen Schuß Leben zu geben verstand. Hans Vogel war hier besser am Platze als im Orchester, er hat aber noch einiges zu tun, ehe er eine nicht sehr glaubhafte Entwicklung, wie sie der Földes-Feld Labidias mimi, glaubhaft machen kann. Paul Walther spielte seinen verbummelten Ehrenmann leicht hin. Am besten waren die jüdischen Typen Paul Ledits, Max Zurek und Auguste Fraß-Grovenbergs. H. B.

Neues Theater. (Der Rosenkavalier von Richard Strauß, neuinstudiert.) Es ist ein Stück der köstlichsten Musik, mit der uns Richard Strauß in diesem Werke beschenkt hat. Kein Wunder, daß es immer wieder sein Publikum findet und es jedesmal aufs neue in Bann schlägt, zumal wenn die Aufführung so glänzend ist, wie sie es diesmal war. In Margarete Bergan haben wir einen Rosenkavalier, der in Spiel und Gesang kaum zu überbieten ist. Die Eleganz und Ritterlichkeit ihrer Haltung und Bewegung, die Fröstlichkeit und Größe ihrer Stimme, vor allem aber ihr intensives musikalisches Gestaltungsvermögen, das jede ihrer künstlerischen Neuherungen beherrscht, machen ihre Leistung zu einem Vorbild. Einige Uebersetzungen im letzten Akt waren das einzige, was einen kleinen Schatten auf die reize Freundin an ihrer Darstellung warf. Ihre Partnerinnen leisteten ähnlich Vorzügliches. Emmy Streng als Gräfin trifft auf das glücklichste die Wirkung zwischen dem leicht ins Musikalische gewandten Konversationston und dem tragischen Erleben, das sich dahinter birgt. Hedwig Borchers gab dem jungen Menschenknecht, in dem trotz Reiz und Perücke die tiefe Reimung erwacht, den höchsten Liebreiz in Gesang und Wesen. Dem Ochs von Lerchenau ließ Kammerlänger Leo Schühendorf als Gast eine tüchtige Portion drastischer Humors und eine vorzügliche Stimme. Das Orchester unter Prof. Hofles Leitung zog den instrumentalen Rahmen um die Aufführung mit all dem Glanz und Reiz, der das Straußsche Werk auszeichnet. Pz.

Konzerte. In dem jugendlichen Pianisten Herbert Jäger steckt eine gesunde, musikalische Natur. Seine Technik besitzt noch nicht die Vollendung, die man sich wünscht, doch schon soviel, daß er sich der Öffentlichkeit zeigen darf. Mit musikalischem Sinn und Abgeschliffenheit spielte er die drei Sätze Schwester Monika, Suite und Das fliegende Häubchen von dem Alt-Franzosen F. Couperin (1845-1888). Der G-Dur-Sonate op. 14 Nr. 2 von Beethoven fehlte noch die Dramatik und Tiefe, doch soll das Herrn Jäger nicht abhalten, weiter an sich zu arbeiten; er wird auch das noch erreichen. — Der ehemalige Dichtling der Leipziger Oper, Mine Sanden, bewahrt sich seinen Kreis; der Rathhausaal war überfüllt. In dieser Berehrung steckt gleichzeitig ein jartier Vorwurf gegen unsere Opernleitung, daß sie Frau Sanden nicht bezieht. Die Uebersetzung der Künstlerin hat sich in den letzten Jahren sehr vertieft, ich höre noch Hugo Wolf und Richard Strauß, von denen sie verschiedene Lieder sehr temperamentvoll sang. Kamentlich Ich hab in Panna einen Liebster (Wolf) und Ständchen (Strauß) gelangen ihr mit Schneid und Grazie. Die Klavierkammeradlin, Ena Klein schmeigte sich mit ihrer Begleitung gut an. — Im Sechsten Zauberkonzert hatte man das Vergnügen, ein Schüler-Orchester

zu hören, das verstärkte Orchester des Schiller-Realgymnasiums, Leitung Prof. W. Hänsel. Diese jugendlichen Spieler sind ihrem Leiter öfter ein bißchen ausgerückt. Natürlich hat die Jugend immer Eile und an vielen Stellen hatte Herr Prof. Hänsel seine liebe Not, die Jügel festzuhalten. Leider kamen die Werke Concerto grosso B-Dur, op. 3 Nr. 5 von dem Italiener F. Corelli (1674-1713), wie das Concerto D-Dur von F. Händel (1685-1759) nicht zu ihrem vollen Recht, die Tempi waren zu wenig ausgefüllt. Die jugendlichen Solisten Erich Deeg (Viol. I), Heinz Kreuzburg (Viol. II), Peter Dymwad (Viola), Kurt Straube (Cello), Wolf, Fortner (Klavier) legten durch hübschen Ton und laudere Technik Zeugnis eines guten Könnens ab, und auch den andern Schülern muß für ihren guten Willen Lob gezollt werden. Die Sänglerin Else Fenzler-Winter sang Frühlingslieder von Mozart und die Schöpfungsgesänge. Kun beut die Füll von Janin, am Flügel von Herrn Liebermann Hofwiese begleitet, zum letzten Verständnis der Kinder. Pz.

2. Sonder-Chorkonzert im Gewandhaus. Die Frühlingsfeier von Karl Prohaska, mit der uns dieses Konzert bekannt machte, ist ein großes und anspruchsvolles Chowerk, meisterhaft gesetzt und mit allem Reiz modernen Instrumentalchorwerks ausgestattet, ein musikalischer Kleinbau, wie er mit dem feinsten Ueberschwange Klopstock'scher Dichtung, die die Unterlage gibt, tief harmonisiert. Aber es geht dem Hörer mit der Komposition wie mit der Dichtung: Trotz allen dithyrambischen Schwungs, trotz aller ekstatischen Steigerung, trotz der Riefenhaftigkeit des Unterfangens und der Mittel fühlte er sich nicht im Innersten mitgerissen, fühlte sich nicht gezwungen, von der Bewunderung zur Begeisterung vorzuschreiten. Es scheint zu viel Kunst, zuviel bewusste Kunst in dem Werke zu stecken, die dem Elementaren, Unrätigen die direkte Ausdrucksmöglichkeit verlehrt. Die glänzende Aufführung, die dem Werke durch den Gewandhaus-Chor und das Gewandhaus-Orchester unter der Leitung Prof. Straubes zuteil ward, gab ihm Leben bis zu den letzten Möglichkeiten. Von den Solisten befreigten die Damen Klara Hansen, Schultheiß und Agnes Lendhecker, mehr als die Herren, Emil Graf und Oskar Lahnert, von denen der erste seine Partie mit übergroßer lyrischer Weichheit anlegte, der andre mit seinem Baß klanglich recht im Hintergrunde blieb. Pz.

Heute Abend für die Jugend. Gustav Herrmann, dafür war der von ihm bestrittene „Heitere Abend für die Jugend“ im August-Schmidt-Haus ein neuer Beweis, ist der Freund der Jugend geworden. Hat seine vorzügliche Vortragsweise, die er durch eine ausdrucksvolle Mimik bestens zu unterstützen weiß, auch großen Anteil an diesem Erfolg, so ist es nicht zuletzt auch die Auswahl, die er zu treffen weiß, die ihm die Herzen der Jugend erobert.

Am Sonntag gab er neben einem derben Schwanz aus dem Mittelalter und einigen Gebilchten Glasbrennere Werke der besten Musikerin der letzten Jahrzehnte, wie Fontane, Busch, Thoma; auch Eigenes und Sachen von Hans Reimann. In seiner Gelantheit zeugte dies Programm von der unermüdlichen Minnerarbeit, mit der deutscher Humor dem Ansehen der nicht aus dem Volk gewachsenen Obrigkeit zulehte. Die jugendlichen Zuhörer ebenso wie die Eltern waren sehr befallsfreudig, so daß der Sprecher öfter seinen Vortrag unterbrechen mußte; er tat's mit Vergnügen. E. Gr.

Der Film. (König-Vavillon. — Ein Glas Wasser.) Das Schriftliche Lustspiel, das die Geschichte zu einem köstlichen Intrigenpiel macht, das Schicksal der Völker von den Liebeslaunen der Königinnen und Hofdamen abhängig hinstellt und das Verhüllen eines Glases Wasser über Krieg und Frieden entscheidet läßt, ist die literarische Konsequenz einer Geschichtsauffassung, die als weggebende Kraft der Historie die „großen Männer“ hinstellt. Davon abgesehen hat es spannende und erheitende Qualitäten und die hat der Film entsprechend zu nutzen gewußt. Das Spiel wird gut wiedergegeben in einer überaus geschmackvollen Aufmachung, die überall einen heiteren, übermäßigen Ton anschlägt, ohne jedoch zu den großen Mitteln zu greifen, die das Filmmittel in der Regel nötig zu haben glaubt. So daß die Lustigen, von einzelnen Szenen abgesehen, warten müssen, bis „Er“ in einer ausnahmsweise guten Grotteske sie zwingt, sich auszuschütten. E. Gr.

Emella-Lichtspielhaus. Der Film dieses Wochenplans ragt inhaltlich kaum über einen durchschnittlichen Feld-, Wald- und Wiesenroman hinaus. Daß die Detektivin sich in den hochstapler und Halschmünger verleiht und schließlich mit ihm ins Ausland flüchtet, mag für manchen wohl sehr spannend sein, erscheint uns aber in der Wirkung auf das Publikum trotz alledem recht bedenklich. Der formelle Aufbau der Handlung berührt allerdings sympathisch, organisch reichen sich die einzelnen Szenen aneinander, ohne das übliche Hasten und Eilen.

Hoffentlich rechtzeitig das Emella-Lichtspielhaus durch das nächste Programm seinen guten Ruf. Kw. Sch.

Schauspielhaus. Karl William Valler wird am Donnerstag, dem 1. März, nochmals den Galemann in Haasemanns Tücher spielen.

Kleines Theater. Geners Lustspiel Lilli die Kokotte, hat an den Berliner Kotterbühnen über hundert Aufführungen erlebt und wird noch täglich vor ausverkauftem Hause gespielt. Es geht am Sonntag, dem 4. März, 9 Uhr, als Rahtvorkellung zum erstenmal in Szene. Die Dekorationen werden in den Werkstätten des Kleinen Theaters unter Leitung des Malers W. Z. Schindler hergestellt. Die Regie führt Erich Neubürger. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Annaliese Würz (Lilli), Maria Hofen, Willi Gernhardt, Paul Walther und Max Zurek.

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, 2. März, abends 7 Uhr, in der städtischen Fach- und Fortbildungshule, Schleierstraße 10, Vortrag des Herrn Dr. Lück über: „Auf den Goldfeldern Alaskas. Gäste willkommen.“

## Besonders preiswerte Schuhwaren

soweit Vorrat:

Damen-Chevette-Spangenschuhe 18900

Damen-Schnür-Halbschuhe 19800  
moderne spitze Form

Damen-Stiefel 35000  
moderne spitze Form, mit Lackkappe

Braune Leder-Sandalen

27/30    31/35    36/42    43/46

7900    9800    11900    13900

Wirklicher Gelegenheitskauf!

# Stordheimer

Rindbox-Knaben-Stiefel 50/57 ... 29500

Rindbox-Knaben-Stiefel 58/59 ... 35000

Rindbox-Herr-Schnürstiefel 39000